

■ In kaum einem anderen westeuropäischen Staat wurde die deutsche Reaktion auf den Terrorismus der RAF so scharf kritisiert wie in Frankreich. Präsident Giscard d'Estaing unterstützte den Kurs der Bundesregierung. Die einflussreiche französische Linke hingegen zögerte nicht, die Bundesrepublik als „Polizeistaat“ zu diffamieren. Warum? Sah man in den Deutschen 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer „Erbfeinde“, die vom Weg zur Demokratie abgekommen waren und erneut rückfällig wurden? Markus Lammert vom Institut für Zeitgeschichte zeigt, dass die gallige französische Kritik viele Wurzeln hatte. Vor allem waren es aktuelle innenpolitische Probleme, die auf dem Rücken des Nachbarlandes ausgetragen wurden. ■

Markus Lammert

Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat“ in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren

Die Empörung in der Bundesrepublik war groß, als im Herbst 1977, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem linksradikalen Terrorismus, in der französischen Presse Stimmen laut wurden, die die deutsche Politik der inneren Sicherheit scharf kritisierten und den Terroristen Verständnis, ja sogar Sympathie entgegenzubringen schienen. Drei Tage vor der Entführung Hanns Martin Schleyers durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion (RAF) veröffentlichte *Le Monde* am 2. September 1977 einen Essay von Jean Genet. Der Schriftsteller feierte die Gewalttaten der Terroristen als heroischen Widerstand gegen die „Brutalität“ einer „inhumanen“ Gesellschaft – als „Stachel im zu fetten Fleisch“ der Deutschen¹. Er stieß damit eine Debatte an, die sich in den folgenden Wochen zu einem regelrechten „Pressekrieg“ zwischen deutschen und französischen Medien entwickelte. *Le Monde* distanzierte sich zwar formal von Genet², warf der „an ihren Terroristen erkrankte[n] BRD“ aber vor, sie habe sich zu einem autoritären Polizeistaat entwickelt und damit die Anschläge geradezu provoziert: Nur eine „monströse Gesellschaft“ könne auch „Monstren“ hervorbringen³. Die großen Blätter der linken und linksliberalen Pariser Presse sowie bekannte französische

¹ Jean Genet, *Violence et brutalité*, in: *Le Monde* vom 2. 9. 1977.

² Die Rubrik „Point de vue“, in der der Artikel Genets erschienen war, stellt traditionell eine „Außenansicht“ dar, deren Inhalt nicht dem Standpunkt der Redaktion entsprechen muss. *Le Monde* ließ in der Folge eine Reihe weiterer Persönlichkeiten zu Wort kommen, die Genet zum Teil scharf kritisierten. Vgl. Jacques Ellul, *La violence, c'est la violence*, in: *Le Monde* vom 8. 9. 1977; Alfred Grosser, *Les phantasmes français*, in: *Le Monde* vom 9. 9. 1977; Vasile Stanciu, *La victime et le tyran*, in: *Le Monde* vom 10. 9. 1977; Maurice Duverger, *Le fascisme rouge*, in: *Le Monde* vom 11./12. 9. 1977.

³ Manuel Lucbert, *La R.F.A. malade de ses extrémistes. Des brèches dans la citadelle*, in: *Le Monde* vom 7. 9. 1977.

Intellektuelle meldeten sich ebenfalls zu Wort⁴. In Deutschland reagierten unter anderem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Der Spiegel* mit Beiträgen über die „chauvinistische“ und „antideutsche“ Haltung der französischen Linken⁵.

Nach einigen Tagen erreichte die deutsch-französische Pressepolemik auch die Politik. Am 15. September 1977 debattierte der Bundestag über die Affäre. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion befragten den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus von Dohnanyi, zu den Maßnahmen der Bundesregierung angesichts „der von linken Parteien und Gruppen in den westlichen Partnerstaaten mit wahrheitswidrigen Behauptungen angeheizten Stimmungskampagne“⁶. Der französische Botschafter in Bonn, Jean-Pierre Brunet, telegrafierte am 19. September 1977 nach Paris: „Es ist schwierig vorzusagen, ob das, was von hier wie eine systematische antideutsche Kampagne erscheint, [...] dauerhaft Spuren in Deutschland hinterlassen wird.“ Er persönlich neige zu der Einschätzung, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigt würden („en seront affectées“)⁷.

Eine enge Abstimmung auf Regierungsebene verhinderte ernsthafte diplomatische Komplikationen. Bereits am 13. September hatte der Präsident der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, Bundeskanzler Helmut Schmidt seine „Entrüstung über den Artikel von Jean Genet“ mitgeteilt⁸. Am 22. September reiste Michel Poniatowski als „Sondergesandter des Präsidenten“ nach Bonn und sicherte der Bundesregierung die „Solidarität des französischen Volkes“ im Kampf gegen den Terrorismus zu⁹. Der Bundeskanzler appellierte seinerseits an die wichtigsten deutschen Chefredakteure, nicht auf die Angriffe der französischen Presse zu reagieren¹⁰. Als im Oktober 1977 ein palästinensisches Kommando die Lufthansamaschine „Landshut“ nach Mogadischu entführte und die Freilassung der RAF-Häftlinge in Stammheim verlangte, konsultierte Schmidt den

⁴ Vgl. die Berichterstattung in den Monaten September, Oktober und November 1977, in: Le Nouvel Observateur, Libération, Le Matin, Le Quotidien de Paris. Einsehbar in der Pressesammlung der Bibliothek der Fondation nationale des Sciences Politiques.

⁵ Vgl. u. a. Dieter Wild, Ihr Lieben von „Le Monde“, in: Der Spiegel vom 12. 9. 1977, S. 138; Karl Jetter, Auf dem Weg zur deutsch-französischen Feindschaft?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 9. 1977. Für eine ausführliche Presseschau vgl. Henri Ménudier, Deutsch-französische Polemik um die Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., Das Deutschlandbild der Franzosen in den 70er Jahren, Bonn 1981, S. 168–181 (erstmal erschienen als: De quelle Allemagne parlez-vous?, in: Documents. Revue du dialogue franco-allemand 4 (1977), S. 14–42).

⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 42. Sitzung, Bonn, 15. 9. 1977, S. 3203.

⁷ Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig: MAE), Direction Europe, 1976–80, RFA 3960, Tél. 3974/3979, 19. 9. 1977.

⁸ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1977, bearb. von Amit das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1190, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), B24, 113557, Erklärung von Herrn Michel Poniatowski, ehemaliger Staatsminister, persönlicher Botschafter des Präsidenten der Französischen Republik, 23. 9. 1977.

¹⁰ Vgl. AAPD 1977, Dok. 298, S. 1428–1435, hier S. 1433, Gespräch Schmidt mit Ministerpräsident Barre, 20. 10. 1977.

französischen Präsidenten in einem Telefongespräch. Giscard unterstützte den Kurs der Bundesregierung: Er selbst würde „nicht aufgeben und die Gefangenen nicht ausliefern“¹¹.

Wie aber erklärt sich, dass im Herbst 1977 einige der einflussreichsten französischen Blätter und Intellektuellen das Bild einer repressiven Bundesrepublik auf dem Weg in einen Polizeistaat zeichneten? Die Vorwürfe der deutschen Zeitungen, die französischen Kritiker hegten einen „unverbesserlichen Antigermanismus“ und sähen mit ängstlichem Neid auf das wirtschaftlich prosperierende Nachbarland¹², greifen ebenso zu kurz wie der Versuch der deutschen Botschaft in Paris, die französische Haltung unter anderem damit zu erklären, dass in Frankreich seit der Großen Revolution von 1789 „Gewalttaten gegen eigene Soldaten, Polizisten, Hochgestellte in die Gedankenwelt breiter Kreise aufgenommen“ seien¹³. Aber auch die Beschwichtigungen aus dem französischen Regierungsapparat, es handele sich um „vereinzelte Artikel“, halten einer gründlichen historischen Analyse nicht stand¹⁴.

Während bisher vor allem historische Wahrnehmungsdispositionen und insbesondere die „Fehlperzeption“ eines 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer undemokratischen und gefährlichen Deutschlands hervorgehoben wurden, soll in diesem Beitrag versucht werden, die französischen (Miss-)Stimmen stärker in den politischen Kontext der 1970er Jahre einzuordnen¹⁵. In der „anti-

¹¹ AAPD 1977, Dok. 284, S. 1377 f., hier S. 1378, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 14. 10. 1977. Vgl. auch Tim Geiger, Die „Landshut“ in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: VfZ 57 (2009), S. 413–456, hier S. 449 f.

¹² Andreas Razumowsky, Schadenfreude in Frankreich angesichts des Terrors in der Bundesrepublik. Seltsame Reaktionen nach der Schleyer-Entführung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 9. 1977.

¹³ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2689, 14. 9. 1977, Betr.: Frankreich und die Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁴ So Poniatowski bei seinem Besuch in Bonn. PA/AA, B 24, 113557, Erklärung von Herrn Michel Poniatowski, ehemaliger Staatsminister, persönlicher Botschafter des Präsidenten der Französischen Republik, 23. 9. 1977.

¹⁵ Vgl. u. a. Klaus-Peter Schmid, Le Monde und die Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12 (1979), S. 19–23; Klaus Enseling, Das Ausland zur Extremismus- und Terrorismus-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ebenda B 20 (1978), S. 23–38. Differenzierter Joseph Rovin, L'Allemagne n'est pas ce que vous croyez, Paris 1978; Alfred Grosser, French Anti-Germanism, in: The New York Times vom 23. 1. 1978. In jüngeren Arbeiten sind einige der hier behandelten Aspekte bereits aufgegriffen worden. Vgl. Wolfgang Kraushaar, Sartre in Stammheim. Der Philosoph beim Staatsfeind Nummer Eins – Ein Besuch und seine Folgen, in: Lettre International 80/4 (2008), S. 50–56; Hélène Miard-Delacroix, Partenaires de choix? Le Chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982), Bern 1993, S. 87–110 u. S. 119–130; dies., Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand – vom Komitee gegen den Ministerpräsidentenerlass 1976 bis zur Krise der Mittelstreckenraketen 1983, in: Horst Möller/Maurice Vaisse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 231–245; Dominik Rigoll, „Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?“ Der Radikalenbeschluss von 1972 und der Streit um die westdeutschen Berufsverbote. Deutsch-deutsch-französische Verflechtungen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter be-

deutschen Pressekampagne“ verdichtete sich im Herbst 1977 eine Kritik, die sich seit Beginn des Jahrzehnts immer wieder an der Politik der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik entzündet hatte¹⁶. Sie wurde getragen von einer Vielzahl von Akteuren, deren Motive sich zum Teil stark voneinander unterschieden. Das Spektrum der beteiligten Persönlichkeiten spiegelte die gesamte Breite der französischen Linken wider und reichte von linksliberalen Politikern, die wenig später Regierungsgämter übernahmen, bis zu Linksextremisten, die in den Terroristen der RAF durchaus „Brüder im Geiste“ erkannten.

Eine Analyse der sich überschneidenden Themen und Motive in der öffentlichen Rede über Deutschland leistet zunächst einen Beitrag zu einer transnationalen, europäischen Rezeptionsgeschichte der Bundesrepublik. Sie kann zudem einen Einblick geben in die Verfassung und Entwicklung der französischen Linken selbst. Diese äußerst heterogene Formation befand sich während der langen 1970er Jahre Frankreichs (vom Mai 1968 bis zum Mai 1981) in einer tief gehenden politischen und ideologischen Umbruchphase. Die von linksrevolutionären Terroristen herausgeforderte Bundesrepublik diente ihr als Projektionsfläche, um zentrale politische und gesellschaftliche Konflikte auszuhandeln.

Die stark von innenpolitischen Motiven geprägte französische Perzeption der bundesdeutschen Reaktion auf den Terrorismus darf allerdings nicht isoliert von ihrem europäischen Kontext betrachtet werden: Die Bundesrepublik sah sich keineswegs nur in Frankreich einer scharfen Kritik an ihrer „Repressionspolitik“ ausgesetzt¹⁷. Außerdem hatten die Freiheitsbewegungen Lateinamerikas, der Ter-

sonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung, Berlin 2007, S. 603–623; Christelle Flandre, *Socialisme ou social-démocratie? Regards croisés français allemands 1971–1981*, Paris 2006.

¹⁶ Auch für die Berichterstattung von *Le Monde* stellte die Krise von 1977 keinen Bruch dar. Bereits seit 1974 hatte die Zeitung ausgesprochen kritisch über die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik berichtet. Vgl. Christian M. Schmitz, *Zwischen Mythos und Aufklärung: Deutschland in der außenpolitischen Berichterstattung der Zeitung „Le Monde“ 1963 bis 1983. Eine Untersuchung zu Kontinuität und Wandel französischer Deutschlandbilder unter Berücksichtigung der Presseorgane „L'Express“, „Le Nouvel Observateur“ und „France Soir“*, Frankfurt a. M. 1990, S. 202–222.

¹⁷ Eine Gesamtdarstellung der Perzeption der bundesdeutschen Anti-Terrorismus-Politik in Europa ist noch Desiderat. Zu einzelnen Aspekten vgl. Petra Terhoeven, *Deutscher Herbst in Italien. Die italienische Linke und die „Todesnacht von Stammheim“*, in: Dies. (Hrsg.), *Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2010, S. 185–208; Janneke Martens, *Polizei und Justiz drehen völlig durch. Die Rote Armee Fraktion in den niederländischen Medien*, in: Nicole Colin u. a. (Hrsg.), *Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven*, Bielefeld 2008, S. 91–108; Jacco Pekelder, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007; „Terrorist“ hat hier einen anderen Klang. Der Streit um die Auslieferung des Anarchisten Rolf Pöhle, in: *Der Spiegel* vom 6. 9. 1976, S. 108–113. Siehe auch den weitsichtigen Bericht des Auswärtigen Amtes zum kritischen Deutschlandbild in Europa und möglichen Strategien der internationalen Öffentlichkeitsarbeit, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1976, Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1976*, bearb. von Matthias Peter, Michael Ploetz und Tim Geiger, München 2007, Dok. 285, S. 1316–1319, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pfeffer, 14. 9. 1976.

rorismus in Italien oder die Franco-Diktatur in Spanien für die französische Linke eine ähnliche Funktion wie die Antiterrorismuspolitik in der Bundesrepublik¹⁸.

Anhand von drei öffentlich ausgetragenen deutsch-französischen Konflikten sollen im Folgenden die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der französischen Linken vorgestellt werden, deren gemeinsame Kritik an der Bundesrepublik als „antideutsche Kampagne“ wahrgenommen wurde. Ausgehend von Jean-Paul Sartres umstrittenem Besuch bei Andreas Baader in Stammheim im Dezember 1974 wird zunächst die Auseinandersetzung der extremen Linken mit dem bundesdeutschen Terrorismus analysiert. Es folgt eine Untersuchung der Positionen der traditionellen Linksparteien *Parti Socialiste* (PS) und *Parti Communiste* (PC), deren Kritik bereits im Juni 1976 in der Gründung eines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland* gipfelte. Schließlich soll die sogenannte *affaire Croissant* näher untersucht werden, bei der sich im Sommer und Herbst 1977 eine wesentlich von linken Juristen getragene Bewegung gegen die Auslieferung des nach Frankreich geflohenen RAF-Anwalts Klaus Croissant engagierte.

Der notwendigerweise schematisierende Ansatz dieses Beitrags darf dabei nicht den Blick verdecken für die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen innerhalb der französischen Linken. Die für das Frankreich der 1970er Jahre charakteristische *Bipolarisation* des Parteiensystems in ein rechtes und ein linkes Lager entsprach auch dem zeitgenössischen Verständnis eines *peuple de gauche*, das sich trotz zahlreicher Differenzen als *die Linke* im Gegensatz zu einer konservativen Mehrheit sah¹⁹.

Sartre in Stammheim

Das Gespräch Jean-Paul Sartres mit Andreas Baader im Gefängnis Stuttgart-Stammheim am 4. Dezember 1974 wurde in Deutschland als „persönliche[n] Bla-

¹⁸ Vgl. François Hourmant, *De Lénine à Marcos: modèles étrangers pour la gauche?*, in: Jean-Jacques Becker/Gilles Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II: XX^e siècle: à l'épreuve de l'histoire, Paris 2005, S. 475–486; Emmanuel-Pierre Guittet, *Antiterrorisme clandestin, antiterrorisme officiel. Chroniques espagnoles de la coopération en Europe*, Québec 2010, S. 97–108; François Dosse, *Deleuze et Guattari et la contestation italienne dans les années 1970*, in: Marc Lazar/Marie-Anne Matard-Bonucci (Hrsg.), *L'Italie des années de plomb. Le terrorisme entre histoire et mémoire*, Paris 2010, S. 290–304; Marco Gervasoni, *La gauche italienne, les socialistes français et les origines de la „doctrine Mitterrand“*, in: Ebenda, S. 323–338; Monica Lanzoni, *Les années de plomb italiennes au regard de l'extrême gauche française: représentation, vision et compréhension à travers la presse militante*, unv. Mag. Paris I, 2009.

¹⁹ Vgl. Bastien François, *Le régime politique de la Ve République*, Paris 2008, S. 81–84. Zur französischen Terminologie vgl. die Einführung (mit Literaturangaben) bei Marc Sadoun, *Gauche*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 2004, S. 515–517. Für eine deutschsprachige Einführung in das französische Parteiensystem der V. Republik vgl. Udo Kempf, *Das politische System Frankreichs*, Wiesbaden 2007, S. 169–232, zur Geschichte der französischen Linken im 20. Jahrhundert Becker/Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II.

mage“ Sartres interpretiert²⁰. Generalbundesanwalt Siegfried Buback hatte versucht, den von Anwalt Klaus Croissant organisierten Besuch mit der Begründung zu verhindern, dass Sartre „für die kriminellen Ziele der Baader-Meinhof-Gruppe eingespannt und seine ‚philosophische Autorität‘ für den Kampf der RAF gegen die rechtsstaatliche Ordnung schamlos missbraucht werden“ solle²¹. Die deutsche Presse schrieb dieses Bild nach dem Treffen fort: Der alte und kaum noch zurechnungsfähige Philosoph, so der Tenor der Berichterstattung, sei von den Terroristen manipuliert und instrumentalisiert worden²². Tatsächlich hatte Sartre in der anschließenden Pressekonferenz bei der Schilderung der angeblich „unerträglichen Haftbedingungen“ der Gefangenen offensichtlich nicht beschrieben, was er mit seinen eigenen Augen hätte sehen können, sondern das, was ihm zuvor von den Anwälten berichtet worden war²³.

In der Empörung über die augenscheinliche Solidarisierung des französischen Großintellektuellen mit dem deutschen Terroristen ging unter, dass sich Sartre durchaus differenziert zu seinem Gespräch mit Baader geäußert hatte. Der Philosoph wollte seinen Besuch als „humanitäre Aktion“ und nicht als „Akt politischer Solidarität“ verstanden wissen²⁴. Er erklärte zwar seine „allgemeine Sympathie“ für die RAF als Teil einer internationalen revolutionären Linken, distanzierte sich aber deutlich von dem in Deutschland praktizierten Terrorismus²⁵. In Frankreich war Sartre mit seinem Engagement zudem keineswegs so isoliert, wie in Deutschland angenommen. Sein Besuch in Stammheim, die Stellungnahmen zum Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe, aber auch die Form seines Engagements – die Bekämpfung staatlicher Repression durch die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit – waren exemplarisch für eine bestimmte Strömung in der französischen Linken.

Diese nach den Mai-Unruhen des Jahres 1968 entstandene, neue radikale Linke umfasste zwar einen relativ kleinen Personenkreis²⁶. Durch ihre Verbindung

²⁰ Kraushaar, Sartre in Stammheim, S. 50.

²¹ Ebenda, S. 52.

²² Zu den Reaktionen der deutschen Presse vgl. ebenda, S. 53 ff.

²³ Vgl. Jürgen Busche, Sartre erzählt aus der Zelle. Der Auftritt des französischen Philosophen in Stuttgart, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 12. 1974. Zur tatsächlichen Situation in den bundesdeutschen Gefängnissen vgl. u. a. Martin Jander, Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. II, Hamburg 2006, S. 973–993; Gerd Koenen, Camera Silens. Das Phantasma der „Vernichtungshaft“, in: Ebenda, S. 994–1010.

²⁴ Hervé Hamon/Patrick Rotman, Génération, Bd. II: Les années de poudre, Paris 1988, S. 595. Das Scheitern dieses Unterfangens gestand er freilich selbst ein; vgl. ebenda.

²⁵ Vgl. u. a. Alice Schwarzer, „Schreckliche Situation“. Interview mit Sartre über seinen Besuch bei Baader, in: Der Spiegel vom 2. 12. 1974, S. 166–169; Antenne 2, Journal des 20h, 21. 5. 1975, online abrufbar unter <http://www.ina.fr/economie-et-societe/justice-et-faits-divers/video/CAB7500457701/proces-des-membres-de-la-bande-a-baader.fr.html> (zuletzt eingesehen am 26. 8. 2011).

²⁶ Innenminister Raymond Marcellin schätzte die Zahl der aktiven Mitglieder der „revolutionären Gruppierungen“ in Frankreich im November 1968 auf 1000 bis 3000 Personen. Vgl. Stéphane Dépit, Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière dans la France de l’après-mai 1968 (1968–1974), unv. Mag. IEP Paris 2006/07, S. 63. Nach der Ermordung

mit einflussreichen Intellektuellen entfaltete sie aber einen erheblichen Einfluss auf die französische Gesellschaft²⁷. Mehr noch als Sartre selbst standen seine drei Reisebegleiter nach Stammheim für diese Strömung. Neben Daniel Cohn-Bendit, der als Übersetzer fungierte, waren dies Sartres Sekretär Benny Lévy und der Journalist Jean-Marcel Bougureau²⁸. Daniel Cohn-Bendit hatte die Mai-Ereignisse des Jahres 1968 maßgeblich geprägt, vertrat aber eine libertäre, spielerische Form des Protests²⁹. Dagegen hatte Benny Lévy unter dem Pseudonym *Pierre Victor* jahrelang der größten und radikalsten „revolutionären Gruppe“ in Frankreich vorgestanden. Die maoistische *Gauche Prolétarienne* (GP) hatte mit spektakulären Aktionen und einer gewaltverherrlichenden Sprache zum bewaffneten Aufstand aufgerufen, sich Ende 1973 aber selbst aufgelöst, auch um eine Eskalation in den Terrorismus zu vermeiden³⁰. Ein Erbe der Maoisten war die 1973 von der GP gegründete Zeitung *Libération*, die in den folgenden Jahren zur bedeutendsten journalistischen Plattform der radikalen französischen Linken wurde und für die nun Jean-Marcel Bougureau über Sartres Treffen mit Baader berichtete³¹.

Wie die RAF in Deutschland sahen auch die französischen Linksextremisten ihren Hauptfeind in einem „neuen Faschismus“, der sich in den kapitalistischen Ländern Europas und auch im Frankreich der V. Republik entwickle³². So schrieb der damalige GP-Aktivist André Glucksmann im Jahr 1972: „Ist es so schwer zu begreifen, dass [...] heute der Staat mit seiner Polizei den Vorposten der Faschisierung stellt?“³³ Und *Der Spiegel* zitierte Sartre mit den Worten: „Der [französische] Staat ist noch nicht faschistisch, aber die Polizei ist es bereits.“³⁴ In ihrer Revolutionsstrategie und letztlich vor allem in der Radikalität der angewandten Mittel unterschieden sich die Bewegungen in Deutschland und Frankreich jedoch. Während die französischen Maoisten hofften, die „proletarischen Massen“ zu einer Revolution führen zu können, vor tödlicher Gewalt aber zurückschreckten, hingen viele ihrer deutschen Genossen dem Konzept der gewalttätigen „Stadtgue-

des *Gauche Prolétarienne*-Mitglieds Pierre Overney am 25. 2. 1972 nahmen etwa 30.000 Menschen an einer Protestkundgebung teil – eine Zahl, die wohl ungefähr der damaligen Stärke der linksextremen Bewegung in Paris entsprach. Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 401.

²⁷ Vgl. u. a. Julian Bourg, *From Revolution to Ethics. May 1968 and Contemporary French Thought*, Montreal u. a. 2007, S. 54–102.

²⁸ Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 593.

²⁹ Zu Cohn-Bendits Sicht auf 1968 vgl. Daniel Cohn-Bendit, *Nous l'avons tant aimé, la révolution*, Paris 1986.

³⁰ Vgl. u. a. Isabelle Sommier, *La violence politique et son deuil. L'après 68 en France et en Italie*, Rennes 2008; Christophe Bourseiller, *Les maoïstes. La folle histoire des gardes rouges français*, Paris 2008. Zu Sartres Verhältnis zu den französischen Maoisten vgl. u. a. Richard Wolin, *The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution and the Legacy of the 1960s*, Princeton/Oxford 2010.

³¹ Zur Geschichte von *Libération* vgl. Jean Guisnel, *Libération. La biographie*, Paris 2003.

³² Vgl. Jean-Pierre Le Goff, *Mai 68. L'héritage impossible*, Paris 1998, S. 189–203.

³³ André Glucksmann, *Fascismes: l'ancien et le nouveau*, in: *Les Temps Modernes* 310^{bis} (1972), S. 266–334, hier S. 271.

³⁴ „Strom durch den Körper“, in: *Der Spiegel* vom 12. 7. 1971, S. 80 f., hier S. 80.

rilla“ an. So fand ein Treffen Baaders mit einem führenden Mitglied der *Gauche Prolétarienne* im Jahr 1969 keine Fortsetzung³⁵.

Das Ausbleiben eines „eigenen“ französischen Terrorismus verstärkte die Faszination des „bewaffneten Kampfes“ in der Bundesrepublik. Entsprechend empfänglich zeigte sich die revolutionäre französische Linke für die Propaganda der RAF, die seit 1972 vor allem auf die Situation der „politischen Gefangenen“ zielte. Am 29. Juni 1973 fand in Paris eine Pressekonferenz gegen die „Isolationsfolter“ in der Bundesrepublik statt. Einige Pariser Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Michel Foucault und der Anwalt Jean-Jacques de Félice, unterzeichneten daraufhin einen Aufruf, der sich dem Protest anschloss³⁶. Einen Tag später versammelten sich etwa 40 deutsche und französische Studenten vor dem Gebäude der deutschen Botschaft, um ihre Solidarität mit den in den Hungerstreik getretenen Gefangenen zu bekunden³⁷. Im März 1974 ließ Jean-Paul Sartre die Verteidiger der RAF mit einem fast 100-seitigen Dossier unter dem Titel „Die westdeutschen politischen Gefangenen klagen an“ in seiner Zeitschrift *Les Temps Modernes* zu Wort kommen³⁸.

Die wesentlich von Klaus Croissant organisierte Solidaritäts-Kampagne traf auf ein gut vorbereitetes Publikum: Im französischen „Nach-Mai“ hatte sich der Protest gegen die Verfolgung linksradikaler Gruppen zu einem wichtigen politischen Thema entwickelt. Ausdruck der neuen Sensibilität für die staatliche „répression“ war die u. a. von Michel Foucault initiierte Gründung des *Groupe d'information sur les prisons* (GIP) im Februar 1971³⁹. Ziel des GIP war die Verbesserung der Haftbedingungen in den französischen Gefängnissen. Anlass seiner Gründung war ein Hungerstreik von Mitgliedern der *Gauche Prolétarienne*, die für sich den Status von politischen Gefangenen reklamierten. Die Mehrzahl der aktiven GIP-Mitglieder stammte aus dem Kreis der französischen Maoisten. Michel Foucault, aber auch Sartre unterstützten diese Bewegung mit spektakulären Aktionen wie der versuchten Besetzung des französischen Justizministeriums im Januar 1972⁴⁰.

Einen zweiten Erfahrungshorizont bildete der französische Krieg in Algerien (1954–1962). Dies galt weniger für die junge Generation der linksradikalen Aktivisten als für ihre intellektuellen Protektoren. Sartre beispielsweise hatte sich

³⁵ Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 592.

³⁶ Vgl. Daniel Vernet, *Des avocats dénoncent l'isolement infligé aux prisonniers politiques*, in: *Le Monde* vom 1./2. 7. 1973.

³⁷ PA/AA, B 24, 109188, DB Diplo Paris an AA Bonn 1993, 2. 7. 1973, Betr.: Demonstration vor der Botschaft gegen die Anwendung der „Isolationsfolter“ bei politischen Häftlingen und Gefangenen in der Bundesrepublik.

³⁸ Das Dossier enthielt neben „Dokumenten des politischen Kampfes der Inhaftierten“ u. a. Aufsätze von Klaus Croissant, Sjef Teuns und Christian Sigrist. Eine Einleitung für das französische Lesepublikum rechtfertigte den Terrorismus der RAF und verurteilte den „scheinheiligen Attentismus“ der französischen Gauchisten. Vgl. Viktor Kleinkrieg, *Les combattants anti-impérialistes face à la torture*, in: *Les Temps Modernes* 29/332 (1974), S. 1593–1617, hier S. 1604.

³⁹ Vgl. Philippe Artières u. a. (Hrsg.), *Le groupe d'information sur les prisons*. Archives d'une lutte, Paris 2003.

⁴⁰ Vgl. Bourseiller, *Les maoïstes*, S. 236.

frühzeitig und vehement für die afrikanischen Freiheitsbewegungen eingesetzt und in seinem Vorwort für Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* terroristische Gewalt gegen die Kolonialherren gerechtfertigt⁴¹. Vor allem aber hatte eine französische Oppositionsbewegung massiv gegen die Methoden protestiert, mit denen der französische Staat den Aufstand in Algerien bekämpfte. Mit einer Vielzahl öffentlicher Stellungnahmen beeinflussten die Intellektuellen die politische Stimmung im Land. Eine besondere Dynamik entwickelte dieser „Krieg der Petitionen“ (Jean-François Sirinelli)⁴², als bekannt wurde, dass das französische Militär in Algerien systematisch gefoltert hatte⁴³. Auch aufgrund dieser Enthüllungen stand die französische Bevölkerung dem Krieg immer skeptischer gegenüber. Im März 1962 erkannte Frankreich die Unabhängigkeit Algeriens an⁴⁴.

Die französischen Linksextremisten glaubten nicht nur – wie die RAF –, dass die westliche Gesellschaft auf dem Weg in einen „neuen Faschismus“ sei. Auch die Themen der deutschen Kampagne – die vermeintliche Folter von politischen Gefangenen und der Protest durch Hungerstreik – hatten Parallelen in der jüngeren französischen Vergangenheit. Schließlich entsprachen auch ihre Aktionsformen (Petitionen, Komitees, öffentlichkeitswirksame Auftritte) einem vielfach erprobten Handlungsmuster. Der Besuch Sartres in Stammheim musste so aus französischer Sicht als logische Fortsetzung seines Engagements in Frankreich erscheinen.

Deutlich wird in der Intervention für die Gefangenen der RAF aber zugleich die wachsende Distanz zu den Ideen und Aktionen der deutschen Terroristen. Im Dezember 1974 befand sich die extreme französische Linke in einer Phase der Neuorientierung, die ihre wortmächtigsten Protagonisten „from Revolution to Ethics“⁴⁵ – weg von der Revolution, hin zu einer Philosophie der Freiheiten – führen sollte. Unter den ab 1976 hervortretenden „Neuen Philosophen“, die jeglichen Totalitarismus ablehnten und einen humanistischen Freiheitsbegriff vertraten, dominierten mit André Glucksmann und Bernard Henri-Lévy Autoren, die noch zu Anfang des Jahrzehnts zum Umfeld der *Gauche Prolétarienne* gehört hatten⁴⁶. Zudem verstärkten gerade der Erfolg der „Anti-Repressions-Kampagnen“

⁴¹ Vgl. Jean-Paul Sartre, Vorwort, in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 2008 (frz. Erstauflage Paris 1961), S. 7–25. Zu Sartres Verhältnis zu terroristischer Gewalt vgl. Mathew Mackenzie, Jean-Paul Sartre on violence and terror, in: *Terrorism and Political Violence* 6 (1994), H. 4, S. 476–506; Sabine Kebir, Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. I, Hamburg 2006, S. 262–279.

⁴² Vgl. Jean-François Sirinelli, *Guerre d'Algérie – guerre des pétitions?*, in: Jean-Pierre Rioux / Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, Paris 1991, S. 265–306.

⁴³ Vgl. Raphaëlle Branche, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie 1954–1962*, Paris 2001.

⁴⁴ Zum Verlauf des Algerienkrieges vgl. u. a. Guy Pervillé, *La Guerre d'Algérie*, Paris 2007.

⁴⁵ Vgl. Bourg, *From Revolution to Ethics*. Vgl. auch Robert Horvath, „The Solzhenitsyn Effect“. East European Dissidents and the Demise of the Revolutionary Privilege, in: *Human Rights Quarterly* 29 (2007), S. 879–907.

⁴⁶ Zu den „nouveaux philosophes“ vgl. Michael Scott Christofferson, *French Intellectuals Against The Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York / Oxford 2004.

und die dadurch erneuerte Verbindung mit weniger radikalen Teilen der Linken die Attraktivität von alternativen, eher reformorientierten Projekten. Stationen auf dem Weg zur demokratischen Läuterung waren der erwähnte GIP, Ideen der betrieblichen Selbstverwaltung (*autogestion*) und die maoistische Zeitungsgründung *Libération*⁴⁷.

In der Berichterstattung von *Libération* über den deutschen Terrorismus wird die langsame Abkehr vom Ideal eines gewaltsamen Umsturzes besonders deutlich. Für *Libération* hatte die RAF in den Jahren 1973 bis 1977 eine Ersatz- und Spiegelfunktion, mit der sich die Zeitung ihrer eigenen Position zu politischer Gewalt versicherte. Nach der endgültigen Selbstauflösung der *Gauche Prolétarienne* sympathisierte die Redaktion zunächst offen mit den deutschen Terroristen. Maurice Clavel schrieb im Dezember 1974 unter dem Titel „Crève la bête!“ über den Hungerstreik der RAF-Häftlinge, gegen eine „Bestie“ wie die deutsche Gesellschaft seien „alle Mittel Recht“⁴⁸. Auf dem Höhepunkt des deutschen Terrorismus diente die Zeitung mehrfach als „Briefkasten“, da sie die Kommuniqués und Nachrichten der RAF veröffentlichte⁴⁹. Am 19. Oktober 1977 meldete ein Anrufer nicht zufällig ihr den Mord an Hanns Martin Schleyer. Die Redaktion leitete die Information an die französischen Behörden weiter – der Leichnam des deutschen Arbeitgeberpräsidenten wurde in Mulhouse unter der angegebenen Adresse gefunden⁵⁰.

Einen Tag zuvor, am 18. Oktober 1977, hatte sich *Libération* erstmals eindeutig vom Terrorismus der RAF distanziert. Nach der geglückten Geiselnbefreiung von Mogadischu titelte die Zeitung: „BRD-RAF: Der Krieg der Monster“⁵¹. Zwar blieb die Redaktion damit am äußersten linken Rand der Presselandschaft⁵². Die Gleichsetzung von RAF und bundesdeutscher Gesellschaft bedeutete dennoch einen klaren Kurswechsel, der von den Lesern auch so empfunden wurde. Am folgenden Wochenende belagerten über 200 Demonstranten die Pariser Redaktionsräume. Die überwiegend aus der autonomen Szene stammenden Besetzer forderten eine Revision der Berichterstattung über den deutschen Terrorismus in „ihrer“ Zeitung⁵³. Sie erzwangen schließlich sogar, dass das Blatt einen Tag lang nicht erscheinen konnte. Die sukzessive Abwendung von einer kaum verhohlenen Sympathie für die „revolutionären Bewegungen“ in Europa und damit eine entscheidende Wende in der Geschichte der Zeitung konnten sie aber nicht verhindern. Der Chefredakteur und ehemalige Maoist Serge July machte *Libération*

⁴⁷ Vgl. Dieter Paas, Frankreich: Der integrierte Linksradikalismus, in: Henner Hess u. a. (Hrsg.), Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 169–278.

⁴⁸ Maurice Clavel, „Crève la bête!“. Grève de la faim des membres de la Fraction de l'Armée Rouge, in: *Libération* vom 3. 12. 1974.

⁴⁹ Vgl. Guisnel, *Libération*, S. 102f.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 102–107.

⁵¹ *Libération* vom 18. 10. 1977.

⁵² Vgl. auch Serge July, La tentation de l'illégalisme d'Etat, in: Ebenda.

⁵³ Vgl. Jean Baptiste Casanova, Les „Autonomes“. Le phénomène autonome dans la France de la fin des années 70, unv. Mag. Paris I, 2002, S. 70–83.

in den folgenden Jahren zu einer linksliberalen und einer der meistgelesenen Zeitungen Frankreichs⁵⁴.

Die ambivalente Haltung der extremen französischen Linken zum Terrorismus der RAF lässt sich exemplarisch anhand eines Zitats des Verlegers François Maspero illustrieren, der im Vorwort zu der Dokumentation „Texte der Gefangenen der ‚Roten Armee Fraktion‘“ im Jahr 1977 schrieb:

„Auch wenn sich unsere Wege zu einem bestimmten Moment unseres gemeinsamen Kampfes voneinander getrennt haben mögen, auch wenn wir trotzdem und gegen alle Wahrscheinlichkeit noch immer hoffen, dass es andere Formen des Kampfes gibt, um über den täglichen Nazismus zu triumphieren, der Europa heute bedroht, halten wir die Erinnerung wach an unsere Kameradin Ulrike Meinhof [...].“⁵⁵

Die partielle Solidarität mit den deutschen Terroristen resultierte vor allem aus der Sympathie für den als international verstandenen Kampf gegen „den täglichen Nazismus“ in den europäischen Nachkriegsgesellschaften. Ein prinzipieller „Anti-Germanismus“ lag den linksextremen Positionen in Frankreich nicht zugrunde. Dass sich im Herbst 1977 nur noch ein verschwindend kleiner Teil dieses Milieus ohne Einschränkung zur RAF bekannte, zeigt zudem, wie weit sich die deutschen Linksterroristen auch von potenziell sympathisierenden Kreisen in den europäischen Nachbarstaaten entfernt hatten.

François Mitterrand und das Komitee gegen die „Berufsverbote“

Im Mai 1976 kündigte François Mitterrand auf einem außerordentlichen Parteitag des *Parti Socialiste* die Gründung eines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik* an. Der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei verurteilte zunächst die „Hexenjagd“ der Regierung Giscard auf sozialistische Beamte in Frankreich, um dann auf das Nachbarland zu sprechen zu kommen: Er könne „nicht akzeptieren“, dass in der von Sozialdemokraten geführten Bundesrepublik jeder aus dem öffentlichen Dienst verdrängt werde, der nicht als „Diener der derzeit herrschenden Ideologie“ betrachtet werde. „Brüderlich, [...] aber mit aller Schärfe“ forderte er die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf, den sogenannten „Radikalenerlass“ zurückzunehmen⁵⁶.

⁵⁴ Zur Wandlung von *Libération* vgl. auch Pierre Rimbert, *Libération. De Sartre à Rothschild*, Paris 2005.

⁵⁵ François Maspero, Note de l'éditeur, in: *Textes des prisonniers de la Fraction Armée Rouge et dernières lettres d'Ulrike Meinhof*, Paris 1977, S. 7–9, hier S. 8. Der Band enthält auch den Essay von Jean Genet, dessen Vorabdruck in *Le Monde* die deutsch-französische Pressepolemik vom Herbst 1977 ausgelöst hatte.

⁵⁶ Vgl. *Parti Socialiste*, Congrès extraordinaire de Dijon, 15 et 16 mai 1976, débats, 36 S., hier S. 33 f., online abrufbar unter <http://www.jean-jaures.org/Le-Centre-d-archives-socialistes/Base-de-donnees-des-debats/Centre-d-archives-socialistes-CAS> (zuletzt am 12.9.2011). Die Gründung des Komitees wurde wenige Tage darauf durch eine Pressemitteilung bestätigt.

Mitterrand bezog sich damit auf einen im Januar 1972 von den Ministerpräsidenten der deutschen Länder gefassten Beschluss, der die Einstellungsbehörden im öffentlichen Dienst dazu anhielt, Bewerber auf ihre Haltung zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ zu überprüfen⁵⁷. Die Kandidaten waren sogar Gegenstand einer „Regelanfrage“ beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Vor allem Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wurde der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt⁵⁸.

Die deutschen Parteien – und insbesondere die Union – zeigten sich irritiert von Mitterrands Vorstoß. Die bayerische Staatsregierung sprach von einer „unverfrorene[n] Anmaßung“⁵⁹. Für den Vorsitzenden der hessischen CDU, Alfred Dregger, äußerte sich Mitterrand als „Vertreter der kommunistisch-sozialistischen Weltbewegung“, die das Ziel habe, „ganz Europa einer kommunistisch-sozialistischen Herrschaft zu unterwerfen“⁶⁰. Ein größeres Problem stellte die Initiative aber für die eigentlichen Adressaten der Kritik, die im Bund regierende SPD, dar. Mit Mitterrand hatte der Führer einer „sozialistischen Bruderpartei“, der bei den französischen Präsidentschaftswahlen zwei Jahre zuvor denkbar knapp gescheitert war, ernste Bedenken am rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik geäußert. Die Gründung des PS-Komitees war der Höhepunkt einer internationalen Bewegung gegen den im Ausland als „Berufsverbote“ bekannt gewordenen Extremistenbeschluss, die nicht ohne Wirkung blieb: Seit Mitte des Jahres 1975 wurden auch in der SPD die Stimmen derjenigen lauter, die sich für eine Revision der Einstellungspraxis einsetzten⁶¹.

Die Antwort der Sozialdemokraten fiel daher eher mild aus. Zwar äußerte der SPD-Vorstand sein „Befremden“ über Mitterrands Initiative. Zugleich stellte er aber fest, dass „die Besorgnis der Öffentlichkeit in Westeuropa ernstzunehmen“ sei, und beschloss, eine Delegation der französischen Sozialisten zu einem „Informationsbesuch“ einzuladen⁶². Insbesondere Willy Brandt engagierte sich als Parteivorsitzender und künftiger Präsident der *Sozialistischen Internationale* für eine Verständigung mit dem *Parti Socialiste*. Einem ausführlichen Briefwechsel

Vgl. Fondation Jean Jaurès – Centre d'Archives Socialistes (künftig: FJJ-CAS), 405, RI 64, Juin 1976 – Secrétariat international: République Fédérale d'Allemagne.

⁵⁷ Vom Bundeskanzler und den Regierungschefs der Länder verabschiedete Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen, 28. 1. 1972, in: Edmund Brandt (Hrsg.), *Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des Berufsbeamtentums*, Karlsruhe/Heidelberg 1976, S. 162 f., hier S. 162.

⁵⁸ Vgl. Gerard Braunthal, *Politische Loyalität und öffentlicher Dienst. Der „Radikalerlaß“ von 1972 und die Folgen*, Marburg u. a. 1992.

⁵⁹ „Mitterrands Vorwürfe zurückgewiesen. Bonn einig: Kritik am Extremistenbeschluss unter falschen Voraussetzungen“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29. 5. 1976.

⁶⁰ FJJ-CAS, 405, RI 65, CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, Pressedienst, 1. 6. 1976.

⁶¹ Ein Auslöser für diese langsame Neuorientierung war die Rede des französischen Politologen Alfred Grosser als Preisträger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Sommer 1975. Vgl. ders., *Mein Deutschland*, Hamburg 1993, S. 218–235.

⁶² FJJ-CAS, 405, RI 64, SPD, Mitteilung für die Presse, 31. 5. 1976, Betr.: *Kommuniqué über die Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 31. Mai 1976 in Bonn (Teil II)*.

folgte bereits am 24. Juni 1976 ein Besuch Brandts in Paris⁶³. Das im Archiv des PS überlieferte Protokoll eines Gespräches mit Mitterrand bietet einen interessanten Einblick in die Beziehungen der beiden Parteien. Brandt warf Mitterrand zunächst vor, dass seine öffentliche Kritik nicht den „règles de conduite“ unter Sozialisten entspreche. Sie verstärke die Ressentiments gegen Deutschland und nütze nur den Rechtsparteien in der Bundesrepublik. Zugleich gestand er seinem Gesprächspartner aber zu, er hätte einige seiner Argumente „selbst unterschreiben können“. Auch Mitterrand ließ Kompromissbereitschaft erkennen. Er kündigte an, in Zukunft auf Initiativen dieser Art zu verzichten. Dennoch beharrte er auf dem inhaltlichen Kern seiner Stellungnahme: Die sozialistische Partei könne in Fragen der Menschenrechte keine Kompromisse eingehen. Die Ermittlungen über Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hätten ein zu großes Ausmaß angenommen. Es müsse zudem – gerade unter Freunden – erlaubt sein, Kritik zu üben, ohne sofort als „antideutsch“ behandelt zu werden⁶⁴. Der einen Monat später folgende „Informationsbesuch“ einer von Pierre Mauroy geleiteten PS-Delegation in Bonn diene ebenfalls der Verständigung zwischen den Parteispitzen. Das negative Bild der sozialdemokratischen Politik in der französischen Linken blieb aber zunächst bestehen⁶⁵.

Mitterrand hatte mit der Gründung des Komitees auf den wachsenden innerparteilichen Druck reagiert, der insbesondere vom linken Flügel der Partei, dem von Jean-Pierre Chevènement geführten Centre d'études, de recherches et d'éducation socialiste (CERES), ausging⁶⁶. Die Ursache für diesen Druck lag in der angestrebten *Linksunion* der Sozialisten mit dem *Parti Communiste*. Im Juni 1972 hatte der PS ein gemeinsames Programm mit den Kommunisten verabschiedet, das die Bildung einer linken *Volksfront*-Regierung ermöglichen sollte⁶⁷. Die beiden Parteien rückten programmatisch zusammen, konkurrierten aber zugleich um den ersten Rang in ihrem Wahlbündnis. Ein zentrales Thema des *programme commun* waren die „individuellen Freiheitsrechte“. So hieß es in der Einleitung des dritten Hauptkapitels unter dem Titel „Den Staat demokratisieren, die Freiheiten bewahren und ausbauen“:

⁶³ Zum Besuch Willy Brandts in Paris vgl. quellengesättigt Miard-Delacroix, Brandt, Schmidt, Mitterrand, in: Möller/Väisse, Willy Brandt und Frankreich.

⁶⁴ FJJ-CAS 405, RI 64, Procès-Verbal entretien F. Mitterrand – W. Brandt, 24. 6. 1976.

⁶⁵ Zum Treffen in Bonn und der anschließenden Zusammenarbeit von PS und SPD im Umgang mit den „Berufsverboten“ vgl. Flandre, *Socialisme ou social-démocratie*, S. 164–175.

⁶⁶ Zu den verschiedenen *courants* im PS in den 1970er Jahren vgl. u. a. Ina Stephan, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand (1971–1995)*, Opladen 2001.

⁶⁷ Die Strategie des Linksbündnisses sollte sich für die Sozialisten doppelt auszahlen. Im Mai 1981 wurde Mitterrand zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt. Zugleich gelang es dem PS in kurzer Zeit, die Anfang der 1970er Jahre noch übermächtigen Kommunisten zu überflügeln und langfristig in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen. Zum Niedergang des PCF in den 1970er Jahren vgl. Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 2000, S. 361–456; Philippe Robrieux, *Histoire du parti communiste*, Bd. III: 1972–1983. *Du programme commun à l'échec historique de Georges Marchais*, Paris 1982.

„Seit 1958 hat das derzeitige Regime Jahr für Jahr ein Arsenal repressiver und polizeilicher Gesetze installiert, die die Demokratie und die Freiheit des Einzelnen gefährden. Frankreich muss die demokratischen Traditionen seines Volkes erhalten und entwickeln. Alle Gesetze, die die Bürgerrechte angreifen, müssen abgeschafft werden, Gesetze, die die Rechte schützen, müssen verabschiedet werden.“⁶⁸

In ihren Eigendarstellungen als „Verteidiger der Freiheit“ überboten sich PS und PC gegenseitig. 1975 veröffentlichten die Kommunisten eine *Erklärung der Freiheiten*⁶⁹, die Sozialisten folgten 1976 mit einer *Charta der Freiheiten*⁷⁰. Die Konjunktur der „Freiheiten“ im Diskurs der Linksparteien beschränkte sich nicht auf die Innenpolitik. Aus der französischen „Freiheitstradition“ wurde der Anspruch abgeleitet, die Menschen- und Bürgerrechte in der ganzen Welt zu verteidigen⁷¹.

Während die Kommunisten nach dem Erscheinen von Solschenizyns *Archipel Gulag* die Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa nicht mehr gänzlich ignorieren konnten⁷², warfen sie im Gegenzug den Sozialisten eine einseitige Kritik an den Staaten des Warschauer Paktes vor. So erklärte der Generalsekretär des PC, Georges Marchais, im Februar 1976:

„Sie rühmen die Verdienste der ‚westlichen Demokratie‘, aber sie sagen nichts – und ich füge hinzu: die sozialistische Partei sagt nichts – über die kolonialistische Repression in Irland durch eine britische Labour-Regierung und nichts über die Hexenjagd und die ‚Berufsverbote‘, die die sozialdemokratische Regierung der BRD praktiziert.“⁷³

⁶⁸ Vgl. Bulletin Socialiste. Organe d'information du Parti Socialiste, Supplément, juin 1972, S. 11.

⁶⁹ Vgl. Parti Communiste Français, Vivre libre. Projet de déclaration des libertés soumis à la discussion des français, Paris 1975.

⁷⁰ Vgl. Robert Badinter (Hrsg.), Liberté, libertés. Réflexions du comité pour une charte des libertés, Paris 1976.

⁷¹ So lautete etwa Mitterrands Antwort auf den Vorwurf, er hätte mit seinem „Komitee“ auch auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinweisen müssen: „Ich bin nie müde geworden, mich für die freien Menschen einzusetzen, überall auf der Welt, wo die Freiheiten in Gefahr sind. Ich habe das für Angela Davies getan, für die Juden der Sowjetunion, die chilenischen Widerstandskämpfer, Dubček, die anonymen Toten der kambodschanischen ‚Säuberungen‘, die Studenten im Iran und die Gefangenen Francos. Und ich brauche nicht zu wiederholen, dass ich jedes Regime einer Einheitspartei als gefährlich für die Grundrechte einschätze.“ François Mitterrand, Ma part de vérité, in: l'Unité vom 4. 6. 1976, S. 32. Zur internationalen Sensibilisierung für den weltweiten Schutz der Menschenrechte in den 1970er Jahren vgl. Jan Eckel, Utopie der Moral, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 437–484, hier S. 458–472; Samuel Moyn, The last Utopia. Human Rights in History, Cambridge u. a. 2010.

⁷² Vgl. Horvath, „The Solzhenitsyn Effect“, S. 898; Christofferson, French Intellectuals against the Left, S. 89–129.

⁷³ Georges Marchais, Le socialisme pour la France, in: Cahiers du Communisme 52 (1976), Nr. 2–3, S. 12–72, hier S. 40 (Rede auf dem 22. Kongress des PCF, 4.–8. 2. 1976).

Die französischen Kommunisten unterstellten der Bundesrepublik bereits in den 1950er und 1960er Jahren und ganz im Duktus des Kalten Krieges einen „deutschen Imperialismus“, der als Juniorpartner der USA seinen Einfluss in Europa und der Welt aggressiv durchsetzen wolle⁷⁴. Zudem beschwor man die Gefahr, die von alten und neuen nationalsozialistischen Seilschaften ausgehe⁷⁵. Seit 1972 wurden diese Themen durch Kritik an den bundesdeutschen „Berufsverboten“ ergänzt⁷⁶. 1974 setzte eine systematische Kampagne gegen die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst ein. Bereits Anfang 1975, ein Jahr vor der Initiative Mitterrands, wurde ein kommunistisch dominiertes *Komitee für die Redefreiheit und gegen die Berufsverbote* gegründet⁷⁷.

Mehr noch als die frühen Solidaritätskampagnen für die RAF kann die Entwicklung des französischen Protestes gegen den Extremistenbeschluss als Lehrstück einer transnationalen Mobilisierung gelten. In der Bundesrepublik wurden die Initiativen maßgeblich von der DKP und ihr nahestehender Gruppen getragen, die die Bewegung frühzeitig zu internationalisieren suchten. Auf den Kongressen der Gegner der „Berufsverbote“ waren regelmäßig ausländische Teilnehmer vertreten, die in der Mehrzahl ebenfalls kommunistischen Organisationen angehörten. Die Solidarität der westeuropäischen kommunistischen Parteien funktionierte insbesondere in Frankreich: Bis 1976 wurden mit massiver Unterstützung des PC eine Vielzahl lokaler Komitees im ganzen Land gegründet⁷⁸.

Über den CERES, der sich als Garant der Linksunion verstand, sickerten die kommunistischen Diskurse auch in den *Parti Socialiste* ein. Dort trafen sie mit einer ausgesprochenen SPD-Skepsis zusammen. Die dezidierte Ablehnung einer Beteiligung der Kommunisten an einer Regierung in Westeuropa durch die SPD-Führung, eine als „unsozialistisch“ und „kompromisslerisch“ verurteilte Regierungspolitik in der Bundesrepublik sowie die übermächtige Stellung der westdeutschen Sozialdemokratie in den Organisationen der *Sozialistischen Internationale* hatten die SPD in den Reihen des PS mehr als unbeliebt gemacht. Der Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt erweckte zudem den Eindruck eines „Rechtsrucks“⁷⁹. Der Konflikt um Mitterrands Komiteegründung im Frühsommer 1976 ist daher paradoxerweise als Wendepunkt in den bis dahin sehr kühlen Beziehungen zwischen SPD und PS zu werten: Zum ersten Mal nahmen die Sozialdemokraten die Position des an Statur gewinnenden *Parti So-*

⁷⁴ Catherine Mills, *Ambitions et moyens de l'impérialisme allemand*, in: Ebenda 53 (1977), Nr. 1, S. 92–103, hier S. 92.

⁷⁵ Vgl. Marie-Claude Vaillant-Couturier, *La France ne doit pas être à la remorque de la R.F.A.*, in: Ebenda 52 (1976), Nr. 2–3, hier S. 170–172.

⁷⁶ Vgl. *L'Humanité* vom 27. 3. 1972 und vom 23. 6. 1972.

⁷⁷ Vgl. Rigoll, *Was täten Sie*, in: Timmermann (Hrsg.), *Historische Erinnerung im Wandel*, S. 617f.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 619.

⁷⁹ Vgl. Miard-Delacroix, *Partenaires de choix?* S. 98–110; Michael Mayer, „Machterschleichung auf Filzpantoffeln“. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den Siebzigerjahren, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2010, S. 147–161.

cialiste ernst, und beide Parteien einigten sich auf einen Kompromiss⁸⁰. Letztlich begünstigte das sozialistische *Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik* auch die Entwicklung zu einer liberaleren Praxis in der Bundesrepublik selbst. Die SPD gab den Extremistenbeschluss bis 1979 weitgehend auf. Ausgelöst wurde dieser Prozess „freilich nicht allein, aber doch zu einem nicht zu unterschätzenden Anteil durch die Transnationalisierung der Berufsverbotsdebatte“⁸¹.

Während François Mitterrand in seinen öffentlichen Stellungnahmen darauf achtete, die Kritik am Extremistenbeschluss nicht mit einer Verurteilung der bundesdeutschen Anti-Terrorismus-Politik zu verknüpfen⁸², geschah genau dies in den linken Flügeln und bei vielen einfachen Mitgliedern und Anhängern der Partei. Nichts hat in den 1970er Jahren dem Bild der Bundesrepublik im französischen *peuple de gauche* so geschadet wie die sogenannten „Berufsverbote“. Sie wurden als Beleg für einen „repressiven Staat“ wahrgenommen, für dessen Ausbau der Kampf gegen den Terrorismus lediglich einen Vorwand darstellte. So schrieb die Wochenzeitung des PS im Oktober 1977:

„In unserem Nachbarland, der Bundesrepublik, hat sich mehr und mehr ein Klima des Ausnahmezustandes breitgemacht. Während das Verdienst der auf den Nationalsozialismus folgenden Republik gerade darin liegt, einen Rechtsstaat geschaffen zu haben, werden heute eine Sondergesetzgebung und extreme Polizeimethoden angewendet, die die demokratische Ordnung zweifelsohne stärker gefährden als der Terrorismus. Dieser wird benutzt, um Maßnahmen wie die Berufsverbote zu rechtfertigen.“⁸³

Mitterrand bestätigte während der Schleyer-Entführung zwar die neue Zurückhaltung der Parteispitze. Bei seinem Besuch in Bonn am 29. September 1977 erklärte er Helmut Schmidt seine volle Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus und erläuterte anschließend in einem Interview mit *Le Monde*: „Es wäre unverantwortlich zu behaupten, die Bundesrepublik würde sich in Richtung eines autoritären Regimes entwickeln.“⁸⁴ In den folgenden Monaten konnte diese Position

⁸⁰ Flandre unterteilt die Beziehungen von PS und SPD in den 1970er Jahren in drei Phasen: 1. Verhärtung (1971–1973), 2. Konfrontation (1974–1976), 3. Wechselwirkungen (1976–1980); vgl. dies., *Socialisme ou social-démocratie*, S. 22f.

⁸¹ Rigoll, Was täten Sie, in: Timmermann (Hrsg.), *Historische Erinnerung im Wandel*, S. 622.

⁸² Vgl. u. a. Mitterrand, *Ma part de vérité*, in: *l'Unité* vom 4. 6. 1976, S. 32; ders., in: *l'Unité* vom 18. 6. 1976, S. 32.

⁸³ Marc Dreyfus, *A l'abri de la contagion?*, in: *l'Unité* vom 28. 10. 1977, S. 15. Vgl. auch R.F.A.: *Le réveil des vieux démons*, in: *l'Unité* vom 27. 2. 1976, S. 18–20.

⁸⁴ Jean Wetz, *La visite de M. Mitterrand à Bonn*, in: *Le Monde* vom 1. 10. 1977. Vgl. auch Helmut Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990, S. 241–247. Der wenige Tage vor dem Treffen mit Schmidt vollzogene Bruch der Linksunion entband Mitterrand zudem von dem Druck, sich gegen die kommunistische Kritik einer „deutschfreundlichen“ Politik zur Wehr setzen zu müssen. Der Grund für seine Neupositionierung ist dennoch eher in einer geschickten „Außenpolitik“ zu suchen. Das innenpolitisch verbreitete Deutschlandbild des PS unterschied sich bereits seit Juni 1976 von der be-

angesichts der Stimmung an der Parteibasis aber nur mit Mühe aufrechterhalten werden. Anlass für die im Herbst 1977 erneut aufflammende Kritik am Kurs der Regierung Helmut Schmidts war die *affaire Croissant*.

Die *affaire Croissant* und die französischen Juristen

Wie bereits 1974 bei Sartres Besuch in Stammheim, kam dem Anwalt Klaus Croissant auch im Sommer und Herbst 1977 eine entscheidende Rolle als Vermittler zu, diesmal allerdings in eigener Sache: Am 10. Juli 1977 setzte sich Croissant nach Frankreich ab. Zwei Tage später gab er eine Pressekonferenz in der Wohnung von Jean-Jacques de Félice, in der er die Gründe für seine Flucht darlegte: Die „unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen“ und die Verfolgung ihrer Anwälte als Kriminelle hätten es ihm unmöglich gemacht, seinen Beruf auszuüben. Er hoffe auf politisches Asyl in Frankreich, das er als „Traditionsland der Menschenrechte“ kenne⁸⁵.

Am gleichen Tag bestätigte die deutsche Botschaft in Paris einem Vertreter des französischen Außenministeriums ein Auslieferungsersuchen für den Anwalt⁸⁶. Croissant sollte in der Bundesrepublik wegen des Verdachts, „eine Vereinigung, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, unterstützt und für sie geworben zu haben“, angeklagt werden⁸⁷. Die deutschen Behörden zweifelten allerdings am Erfolg des Ersuchens. Beobachter in Paris warnten zudem davor, durch einen Prozess eine Bühne für die „Mitleids- und Verständniskampagne“ Croissants zu schaffen⁸⁸. Botschafter Otto-Axel Herbst telegraphierte am 13. Juli, die Verhaftung eines Rechtsanwalts werde „mit Sicherheit erhebliches Aufsehen erregen und zu Gegendemonstrationen von Linkskreisen führen“⁸⁹.

In der Bundesrepublik entschied man sich dennoch für eine offensive Vorgehensweise. Am 19. Juli 1977 erkundigte sich Bundeskanzler Schmidt während eines Treffens mit Valéry Giscard d'Estaing nach dem „Stand in der Sache Crois-

schwichtigenden Haltung Mitterrands in Gesprächen mit SPD-Führern. Zur Entwicklung der Linksunion vgl. Alain Bergounioux/Gérard Grunberg, *Les socialistes français et le pouvoir. L'ambition et le remords*, Paris 2007, S. 258–280.

⁸⁵ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2075, 12. 7. 1977, Betr.: Heutige Pressekonferenz von Rechtsanwalt Klaus Croissant in Paris.

⁸⁶ Ebenda, DB Paris Diplo an AA Bonn 2074, 12. 7. 1977, Betr.: RA Klaus Croissant – zur Information.

⁸⁷ Ebenda, DB Stadt Stuttgart, Justizministerium an AA Bonn, 12. 7. 1977, Betr.: Auslieferung des deutschen Staatsangehörigen Klaus Croissant aus Frankreich nach Deutschland, hier: Bestätigung eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme auf dem diplomatischen Weg gem. Art. 9 Abs. 3 des deutsch-französischen Auslieferungsvertrags.

⁸⁸ Ebenda, BPA – Nachrichtenabteilung, Ref. II R2, WDR II/12. 7. 1977/12.15/he „Mittagsmagazin“, Sepp Binder, Pressesprecher des Bundesministeriums der Justiz zum politischen Asylersuchen Croissants in Paris; ebenda Pressestimmen Croissant, 12. 7. 1977.

⁸⁹ Ebenda, DB Paris Diplo an AA Bonn 2089, 13. 7. 1977, Betr.: Auslieferungsfall Klaus Croissant.

sant“. Giscard erwiderte, dass er „keine besonderen politischen Probleme“ sehe⁹⁰. Der Rechtsanwalt blieb aber weiter auf freiem Fuß, hielt Ende August eine Pressekonzferenz ab und konnte noch am 7. September dem Fernsehsender *Antenne 2* ein Interview geben⁹¹. Erst die Entführung Hanns Martin Schleyers brachte eine Wende⁹². Am 13. September wiederholte der Bundeskanzler gegenüber dem französischen Präsidenten seine Forderung, Croissant so schnell wie möglich festzunehmen. Sein Büro sei „das Nervenzentrum für die Vorbereitung des Anschlags (auf Herrn Schleyer)“ gewesen⁹³. Giscard versicherte, dass mit allen Mitteln nach dem Anwalt gefahndet werde⁹⁴. Am 30. September wurde Klaus Croissant in einer Wohnung im 14. Pariser Arrondissement verhaftet⁹⁵.

Mit dem Prozessbeginn vor der Pariser *Chambre d'accusation* am 3. Oktober 1977 setzte auch die erwartete Kampagne ein. Bereits bei Croissants Ankunft in Frankreich hatten mehrere einflussreiche linke Juristenverbände ihrem Kollegen Unterstützung zugesagt⁹⁶. Am 2. Oktober veröffentlichten nun der *Syndicat de la magistrature*, der *Syndicat des avocats de France*, die *Association française des juristes démocrates* und der *Mouvement d'action judiciaire* sowie die französische *Liga für Menschenrechte* ein gemeinsames Communiqué, in dem sie sich gegen eine Auslieferung Croissants aussprachen⁹⁷. Einen Tag später erläuterte ein von drei Juristen verfasster Kommentar in *Le Monde* die inhaltlichen Eckpunkte des Protests⁹⁸.

⁹⁰ AAPD 1977, Dok. 198, S. 994–1002, hier S. 1001, Gespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 19. 7. 1977.

⁹¹ PA/AA, B 24, 113557, Drahterlass an Paris Diplo, Az.: 202–531.41, 8. 9. 1977, Betr.: Rechtsanwalt Klaus Croissant.

⁹² Vgl. die Analyse der deutschen Botschaft Paris vom 5. 10. 1977: „Es liegen Anzeichen vor, dass in dieser ersten Phase die französischen Dienststellen es mit der Aufspürung und Inhaftierung Croissants nicht besonders ernst nahmen. Eine entscheidende Rolle hat dabei sicherlich die Überlegung gespielt, dass sich [...] entweder üble Belastungen des deutsch-französischen Verhältnisses oder unangenehme innenpolitische Querelen in Frankreich selbst ergeben könnten, die am einfachsten zu vermeiden wären, wenn Croissant verschwunden bliebe. [...] Dieses Bild änderte sich nach der Entführung Schleyers. Angesichts der hohen Sensibilisierung einer erbitterten deutschen öffentlichen Meinung, einer sich anschliessenden längeren Auseinandersetzung zwischen den Massenmedien beider Länder und des Drängens deutscher Stellen schien es nun das geringere Übel, Croissant zunächst einmal hinter Gitter zu bringen, um unseren Wünschen zu entsprechen“. PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2961, 5. 10. 1977, Betr.: Croissant – zur Unterrichtung.

⁹³ AAPD 1977, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1187, Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 1188.

⁹⁵ PA/AA, B 24, 113557, AA Bonn, D5, Dr. Fleischhauer, Vermerk, 30. 9. 1977, Betr.: Verhaftung des Rechtsanwalts Croissant. Vgl. auch *Mouvement d'Action Judiciaire*, *L'Affaire Croissant*, Paris 1977, S. 48; *L'avocat ouest-allemand Klaus Croissant est arrêté à Paris*, in: *Le Monde* vom 2–3. 10. 1977.

⁹⁶ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2060, 12. 7. 1977, Betr.: Heutige Pressekonferenz von Klaus Croissant in Paris.

⁹⁷ Vgl. *La chambre d'accusation se prononce sur la détention de Me Croissant. Nombreux appels en faveur de l'avocat allemand*, in: *Le Monde* vom 4. 10. 1977.

⁹⁸ Mit Michel Tubiana gehörte einer der drei Autoren zu dem Anwaltskollektiv, das Klaus Croissant vor der Pariser Kammer verteidigte. Er war zugleich Mitglied des *Mouvement d'action*

Die Autoren skizzierten die Situation in der Bundesrepublik und kamen dann zum Kern ihrer Argumentation: „Wir wollen uns hier auf ein Problem beschränken, das zwar nur einen Teilaspekt darstellt, aber außergewöhnlich aufschlussreich ist für den Zustand der Bürgerrechte in einem Staat: die Rechte der Verteidigung“. Der Haftbefehl gegen Klaus Croissant sei nur möglich geworden aufgrund einer Vielzahl neuer Verordnungen, mit denen seit 1975 die Rechte der Verteidigung in schwerwiegender Weise beschnitten worden seien: die Möglichkeit, Anwälte von einem Verfahren auszuschließen, das Verbot der Kollektivvertretung, die Überwachung der Korrespondenz von Angeklagten und Verteidigern und schließlich das im September 1977 verabschiedete „Kontaktsperre-gesetz“ hätten die Verteidigung von Menschen, die politischer Verbrechen angeklagt seien, unmöglich gemacht: „Diese Maßnahmen sind gefährlich. [...] Die Bundesbehörden haben sich in ihrem tödlichen Dialog mit der RAF in einen Prozess ohne Ende eingelassen. [...] Nach und nach ersetzt die Bundesrepublik die Freiheit des Bürgers durch die Sicherheit des Staates.“⁹⁹

Die linken Pariser Juristen sahen in der drohenden Auslieferung von Klaus Croissant auch die Rechte ihres eigenen Berufsstandes in Frage gestellt. Die in der Bundesrepublik als sicher geltende Komplizenschaft Croissants mit der RAF überzeugte die französischen Beobachter nicht: Wie konnte ein Anwalt nicht solidarisch zu seinen Mandanten stehen? Und wer sollte in der Lage sein, eine Komplizenschaft zweifelsfrei festzustellen?¹⁰⁰

Entscheidend für den Erfolg der Kampagne war, dass es den Juristenverbänden gelang, eine Solidarität weit über den kleinen Kreis von linksextremen Croissant-Freunden hinaus herzustellen. Die Bedeutung der Verbände überstieg sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in ihrer öffentlichen Wirkungsmacht bei weitem die von einfachen korporativen Vereinigungen. Insbesondere der Richterverband *Syndicat de la magistrature* hatte sich seit seiner Gründung im Jahr 1968 als einflussreicher „Vertreter der Freiheitsinteressen des Bürgers“ profiliert¹⁰¹. Die Richter hatten immer wieder erfolgreich gegen „freiheitstötende“ Maßnahmen der Regie-

judiciaire. Seine Koautoren waren der Rechtsprofessor Gérard Soulier und der Richter und Vorstand im *Syndicat de la magistrature* Michel Zavaro.

⁹⁹ Gérard Soulier/Michel Tubiana/Maurice Zavaro, *Libres opinions: Les droits de la défense*, in: *Le Monde* vom 4. 10. 1977. Zu den Etappen der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus in der Bundesrepublik vgl. Johannes Hürter, *Anti-Terrorismus-Politik der sozialliberalen Bundesregierung 1969–1982*, in: Ders./Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), *Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982*, München 2010, S. 9–20.

¹⁰⁰ Zur bundesdeutschen Diskussion vgl. Jörg Requate, „Terroristenanwälte“ und Rechtsstaat: Zur Auseinandersetzung um die Rolle der Verteidiger in den Terroristenverfahren der 1970er Jahre, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 271–301.

¹⁰¹ Elisabeth Bokelmann, *Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 204. Vgl. auch Éric Agrikoliansky, *La gauche, le libéralisme politique et les droits de l'homme*, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II, S. 524–541.

rung protestiert. Im Winter 1975/76 waren sie maßgeblich an einer Kampagne gegen ein Gesetzespaket zur Erhöhung der „inneren Sicherheit“ beteiligt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war der *Syndicat de la magistrature* eindeutig der linken Opposition zuzurechnen. Mitglieder und Leitung des Verbandes gehörten allerdings den unterschiedlichsten Parteien des linken Spektrums an¹⁰².

Die Zusammensetzung des Anwalt-Kollektivs, das Croissant vor dem Pariser Gericht verteidigte, spiegelte die breite Basis der Protestkampagne wider. Jean-Jacques de Félice zählte Croissant zu seinen politischen und persönlichen Freunden¹⁰³. Der ehemalige Résistance-Kämpfer Joë Nordmann war Mitglied der kommunistischen Partei, Michel Tubiana engagierte sich in der *Liga für Menschenrechte* und stand den französischen Trotzkisten nahe. Henri Leclerc hatte im Jahr 1970 mit Alain Geismar einen der Führer der *Gauche Prolétarienne* verteidigt. Die beiden bekanntesten Vertreter des Kollektivs waren Mitglieder der sozialistischen Partei: Roland Dumas und Robert Badinter gehörten zu den ältesten Weggefährten François Mitterrands und sollten in den 1980er Jahren zum Außen- bzw. Justizminister der Französischen Republik aufsteigen¹⁰⁴.

Croissants Verteidiger hatten zudem einen spezifischen algerischen Erfahrungshorizont. Jean-Jacques de Félice, Henri Leclerc und Joë Nordmann hatten während des Krieges algerische Mitglieder des Front de Libération Nationale vor französischen Gerichten und Militärtribunalen vertreten, darunter auch Attentäter, die mit Bombenanschlägen französische Bürger getötet hatten¹⁰⁵. Roland Dumas und Robert Badinter hatten ihrerseits die sogenannten „Kofferträger“ der Jeanson-Gruppe – Mitglieder eines proalgerischen Netzwerkes in Frankreich – verteidigt¹⁰⁶. Einige der Anwälte Croissants hatten sich während des Krieges wegen ihrer Anwaltstätigkeit selbst vor Gericht verantworten müssen. Roland Dumas kam in der Verhandlung um das deutsche Auslieferungsersuchen gegen Croissant auf diese Ereignisse zurück. Ein Prozessberichterstatte der deutschen Botschaft in Paris schrieb am 11. Oktober 1977:

¹⁰² Vgl. Bokelmann, *Aufstand der Richter*, S. 170–227.

¹⁰³ Das Privatarchiv des 2008 verstorbenen de Félice ist seit 2009 im Archiv der Pariser Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine einsehbar.

¹⁰⁴ Vgl. Joë Nordmann/Anne Brunel, *Aux vents de l'histoire: mémoires*, Arles 1996; Interview avec Michel Tubiana, in: *Ceras – revue Projet* n°273, Mars 2003, online abrufbar unter <http://www.ceras-projet.com/index.php?id=1702> [zuletzt am 7. 11. 2010]; Henri Leclerc, *Un combat pour la justice. Entretiens avec Marc Heurgon*, Paris 1994; PA/AA, B 24, 13562, Ablichtung Brief der französischen Anwälte Croissants an frz. Justizministerium, 1.8.1979.

¹⁰⁵ Vgl. u. a. Éric Agrikoliansky, *Réédition ou réinvention? Le modèle du combat dreyfusard dans la guerre d'Algérie*, in: Gilles Manceron (Hrsg.), *Être dreyfusard, hier et aujourd'hui*, Rennes 2009, S. 459–466, hier S. 463; Jean-Jacques de Félice, *La pédagogie de l'Affaire dans la guerre d'Algérie*, in: Ebenda, S. 475–480, hier S. 478f.; Sylvie Thénault, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001, S. 305–310.

¹⁰⁶ Vgl. Marcel Péju, *Le procès du réseau Jeanson*, Paris 2002. Badinter setzte sich auch als Publizist für die Verteidigung einer unabhängigen Justiz ein. Vgl. Robert Badinter, *Le procès de la défense*, in: *L'Express* vom 16. 11. 1961.

„Und dann wühlte Dumas sehr geschickt in dem schlechten französischen Gewissen des Kampfes gegen den algerischen Aufstand, d.h. Gewissen von bestimmten französischen liberalen Kreisen. Er erinnert daran, dass während dieses Kampfes auch Frankreich Sonderverordnungen verkündet habe, die den jeweiligen deutschen ähnlich seien. Er erinnert weiter, dass er mit zwei anderen Kollegen aus Algerien ausgewiesen und wegen Mittäterschaft mit den Aufständigen beschuldigt wurde.“¹⁰⁷

Die Einschränkung der Anwaltsrechte in den RAF-Prozessen wurde in eine Linie mit der politischen Justiz der Französischen Republik im Algerienkrieg gestellt. Die Bedeutung der kollektiven Erfahrungen der linken Anwälte in den 1950er und 1960er Jahren für ihr Engagement im Fall Croissant darf nicht unterschätzt werden. Das Recht auf eine politisch engagierte Verteidigung, die über eine bloß rechtliche Vertretung hinausging, gehörte zu den grundlegenden Forderungen der kritischen Juristen. Die zu erwartende Verurteilung ihres deutschen Kollegen wegen einer politischen „Komplizenschaft“ schien dieses Selbstverständnis fundamental in Frage zu stellen.

Auch in den 1970er Jahren traten die prominenten linken Anwälte für eine Liberalisierung der Justiz ein. Insbesondere Robert Badinter engagierte sich maßgeblich für die Durchsetzung der „individuellen Freiheitsrechte“ in der französischen Gesellschaft. Als erfolgreicher Anwalt kämpfte er seit 1972 für die Abschaffung der Todesstrafe, als Publizist äußerte er sich regelmäßig zu Fragen der Menschen- und Bürgerrechte. Die 1976 von der sozialistischen Partei veröffentlichte *Charta der Freiheiten* war von ihm vorbereitet und herausgegeben worden, als Justizminister setzte er ab 1981 eine Reihe von Reformen zur Liberalisierung der französischen Justiz durch¹⁰⁸. Badinters Interventionen in den Debatten um die Auslieferung Klaus Croissants sind im Zusammenhang mit diesem Engagement zu sehen. Die deutsche Situation diente als Negativfolie für politische Ideale, die es in Frankreich zu bewahren oder noch zu erringen galt. In einem am 19. Oktober 1977 in *Le Monde* unter dem Titel „Terrorismus und Freiheit“ veröffentlichten Kommentar übertrug er das „deutsche“ Problem auf diese abstrakte Ebene. Badinter unterschied zunächst den „Freiheitskampf“ der Résistance und der Dekolonisationsbewegungen vom „Terrorismus“ minoritärer Gruppen, die zwar im Namen eines Freiheitsideals, aber ohne die Unterstützung der Bevölkerung handelten. Die Rechte der Angeklagten würden angesichts ihrer nihilistischen Anschläge als lächerliche Lappalie erscheinen:

„Hier liegt die Herausforderung, die der Terrorismus für die Freiheit bedeutet. Die Versuchung, auf die Gewalt mit Staatsterror zu antworten, ist natürlich und fast unwiderstehlich. Aber keine Demokratie kann sich ihr hingeben, ohne sich selbst zu verlieren. [...] Wenn sich seine Gegner wie er selbst der reinen Gewalt hingeben, bleibt der Terrorismus Sieger. Seine Taten werden im Nachhinein ge-

¹⁰⁷ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 3030, 11. 10. 1977, Betr.: Auslieferung Dr. Klaus Croissant von Frankreich nach Deutschland.

¹⁰⁸ Vgl. Paul Cassia, Robert Badinter. *Un juriste en politique*, Paris 2009.

rechtfertigt durch die Reaktionen, die sie hervorrufen. Und die von ihm gehasste Gesellschaft wird dort zerstört, wo sie am wertvollsten und am zerbrechlichsten ist: In der Achtung der Freiheit des Anderen, ebenjenem Grundwert, den der Terrorismus zutiefst ablehnt.“¹⁰⁹

Ausgehend von einer vermeintlichen Verletzung der Rechte der Angeklagten in der Bundesrepublik entwickelte Badinter ein flammendes Plädoyer für die strikte Einhaltung der Grundrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Ob die Beschreibung der deutschen Zustände der Realität entsprach, spielte für sein eigentliches Anliegen keine Rolle. Der Fokus der linken Juristen, die die Auslieferung Klaus Croissants verhindern wollten, war vor allem auf Frankreich gerichtet. Auf dem Spiel stand aus ihrer Sicht der Ruf der Französischen Republik als „Hort der Menschenrechte“. In der Verfassungspräambel von 1946 war festgeschrieben worden, dass „jeder Mensch, der wegen seiner Taten zugunsten der Freiheit“ verfolgt werde, in Frankreich das Recht auf politisches Asyl genieße¹¹⁰. Zudem hatte sich bereits seit dem 19. Jahrhundert die Praxis herausgebildet, dass niemand der aus politischen Motiven in seinem Heimatland verfolgt wurde, dorthin überstellt werden durfte¹¹¹. Diese Regelung machte eine Auslieferung von Klaus Croissant in den Augen der deutschen und französischen Behörden zunächst unwahrscheinlich. Die Bundesrepublik wurde von französischer Seite mehrfach darum gebeten, ihr Ersuchen besser zu begründen und „rein kriminelle“ Motive für die geplante Anklage Croissants zu finden¹¹². Im Wissen um diese Schwierigkeit verfolgte die deutsche Botschaft minutiös und mit eigenen Prozessbeobachtern die Verhandlung vor der Pariser *Chambre d'accusation*¹¹³. Im Auswärtigen Amt entwarf man Stellungnahmen für den Fall einer Ablehnung¹¹⁴. Unter großer medialer Aufmerksamkeit – und wohl auf erheblichen Druck französischer Regierungs-

¹⁰⁹ Robert Badinter, *Terrorisme et liberté*, in: *Le Monde* vom 19. 10. 1977.

¹¹⁰ Online abrufbar unter <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/preambule-de-la-constitution-du-27-octobre-1946.5077.html> (zuletzt am 23. 11. 2010).

¹¹¹ Vgl. François Julien-Laferrière, *Extradition et droit d'asile. La coopération entre États*, in: *Études Polémologiques* 44 (1987), S. 53–64, hier S. 55 f.

¹¹² Vgl. u. a. die Bemerkung Giscard d'Estaings im Telefongespräch mit Helmut Schmidt: „Das Auslieferungsersuchen ist nicht gut begründet. Wenn Croissant jetzt gefunden wird, steht nach allen hier angestellten rechtlichen Expertisen fest, daß ein Gericht dem Auslieferungsverfahren nicht stattgeben wird. Besonders schädlich sind die Hinweise auf den politischen Charakter der Straftaten und auf die politischen Motive von Croissant. Jeder politische Aspekt ist nutzlos. Es kommt vor allem auf Beweise für die Beteiligung von Croissant an rein kriminellen Straftaten an. In dieser Hinsicht sollte das Auslieferungsersuchen ergänzt werden.“ AAPD 1977, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1188, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

¹¹³ Tägliche Berichte der Pariser Botschaft im Oktober und November 1977, in: PA/AA, B 24, 113557.

¹¹⁴ PA/AA, B 24, 113557, AA D5 511–530.36/14, 11. 10. 1977, Betr.: Croissant, Bezug: Heutige Direktorenbesprechung, Zweck: Vorschlag für Erklärung des BMJ für den Fall der Haftentlassung.

stellen¹¹⁵ – gab die Kammer am 16. November 1977 dem deutschen Antrag statt. Croissant wurde nach einem eintägigen Eilverfahren in die Bundesrepublik ausgeliefert.

Kein Wunder, dass die „Eilfertigkeit“ der französischen Regierung gegenüber den Wünschen der Bundesrepublik Gegenstand heftigster Proteste wurde¹¹⁶. Die *affaire Croissant* war für die oppositionelle Linke ein willkommenes Thema vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 1978. Die mündliche Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Pierre Juquin vom 25. November 1977 steht exemplarisch für diese neue Zielrichtung der Kampagne:

„Herr Juquin berichtet dem Justizminister von der Emotion und dem Protest, den die Auslieferung des Anwalts Klaus Croissant unter dem Bruch der Prinzipien des französischen Rechts bei den Demokraten unseres Landes ausgelöst hat. [...] Sie stellt das grundlegende Prinzip des Asylrechts in der Verfassung in Frage. Sie [...] zeigt das Entgegenkommen der französischen Regierung gegenüber der Regierung der BRD, wo die Berufsverbote wüten und die alten Nazis in völliger Straffreiheit leben. Das ist ein neuer Schritt in Richtung autoritärer Staat.“¹¹⁷

Das Exekutivbüro der sozialistischen Partei verurteilte die Auslieferung als „dem französischen Recht zuwiderlaufend“¹¹⁸. Die linken und linksradikalen Pariser Intellektuellen hatten sich bereits im Oktober 1977 mit einer Petition für Croissant verwandt¹¹⁹. *Libération* titelte am 18. November 1977 mit der Präambel der Verfassung von 1946 über das Asylrecht politischer Flüchtlinge. Am gleichen Tag versammelten sich etwa 10.000 Demonstranten in Paris zu einem „Protestmarsch“ von der *Place de la République* bis zur *Place de la Nation*. Anschließend kam es zu Ausschreitungen autonomer Gruppen¹²⁰.

In der Empörung über den Gerichtsentscheid fanden sich noch einmal alle Protagonisten der „antideutschen Polemiken“ der letzten Jahre zusammen. Die Auslieferung Croissants stellte in den Augen der französischen Linken einen eklatanten Rechtsbruch dar. Hinter den Diskussionen um die französische Regierungspraxis stand weiterhin das Bild einer Bundesrepublik, die im Kampf gegen den Terrorismus fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien aufgab.

¹¹⁵ Ebenda, Chef BK, 6. 10. 1977, Betr.: Croissant – Vermerk über ein Telefongespräch mit François-Poncet am 6. 10. 1977.

¹¹⁶ Interventionen der französischen Anwälte Croissants in den Wochen und Monaten nach dessen Auslieferung und die diplomatischen Folgen bis 1979, in: PA/AA, B 24, 113557.

¹¹⁷ Assemblée Nationale, Compte rendu des débats, Séance du 23 novembre 1977, Annexe: Questions orales inscrites à l'ordre du jour du vendredi 25 novembre 1977, Question n° 42455, in: Journal Officiel vom 28. 11. 1977, S. 7849.

¹¹⁸ FJJ-CAS, 405, RI 61, Communiqué du Bureau exécutif du Parti Socialiste, 16. 11. 1977.

¹¹⁹ Vgl. La chambre d'accusation se prononce sur la détention de M^c Croissant. Nombreux appels en faveur de l'avocat allemand, in: Le Monde vom 4. 10. 77.

¹²⁰ Vgl. Le Monde vom 20./21. 11. 1977.

Fazit und Ausblick

Die von Jean Genet ausgelöste Pressepolemik der Monate September und Oktober 1977 bildete einen Höhepunkt im spannungsreichen Verhältnis der französischen Linken zur Bundesrepublik in den 1970er Jahren. Die Etappen der bundesdeutschen Reaktion auf die Kritik aus dem Nachbarland verdeutlichen die Eskalation der deutsch-französischen Stimmungskrise. Das Gespräch Jean-Paul Sartres mit Andreas Baader im Dezember 1974 konnte von offiziellen Stellen noch weitgehend ignoriert werden. Der Philosoph und die von ihm repräsentierte Strömung standen zu weit außerhalb des demokratischen Spektrums der Bundesrepublik. Die Initiative François Mitterrands im Frühsommer 1976 erforderte hingegen bereits eine Intervention auf Parteiebene. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und der Erste Sekretär des PS fanden jedoch rasch einen Kompromiss. Beim Auslieferungersuchen für Klaus Croissant auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der RAF sah sich schließlich sogar die Bundesregierung veranlasst, einzugreifen. Helmut Schmidt betonte gegenüber Valéry Giscard d'Estaing mehrfach die Bedeutung dieser Affäre für die Bundesrepublik. Die Empörung der deutschen Öffentlichkeit über die Kritik aus Frankreich und noch mehr das Bemühen der Regierungen um eine Eindämmung und Beilegung der Krise zeigen aber auch, welch hohen Stellenwert die deutsch-französischen Beziehungen auf beiden Seiten des Rheins hatten.

Der glimpfliche Ausgang der *Landshut*-Entführung markierte den Beginn eines Umdenkens der französischen Linken. Zwar blieb der Eindruck zunächst bestehen, dass es sich bei der Bundesrepublik um einen autoritären Staat handele¹²¹. Der Terrorismus der RAF wurde aber nunmehr einmütig verurteilt – bis auf wenige Ausnahmen auch von der radikalen Linken. Zugleich setzte angesichts der Eskalation im Nachbarland ein Bewusstseinswandel ein, der der französischen Gesellschaft die Möglichkeit einer terroristischen Bedrohung im eigenen Land und das Dilemma einer angemessenen Anti-Terrorismus-Politik vor Augen führte. Die Aussage François Mitterrands bei seinem Besuch in Bonn im September 1977, der Terrorismus sei kein deutsches Problem, sondern eines der westlichen Gesellschaften insgesamt, weist auf ein solches Umdenken hin¹²².

Ausschlaggebend für die Kritik an der Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre waren aktuelle innenpolitische Motive. Für alle drei in diesem Beitrag vorgestellten Strömungen der politischen Linken war Deutschland ein Nebenschauplatz im politischen Ringen um Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und Rechts-

¹²¹ Einen Einblick geben die Beschreibungen der „schwierigen deutschen Demokratie“ in unterschiedlichen Zeitschriften der französischen Linken im Jahr 1979. Vgl. u. a. Stefan Baier, Le „modèle allemand et les libertés“, in: Critique Socialiste. Revue théorique du PSU 36–37 (1979), S. 19–28; Dominique Cexus, Les bandits de l'Europe. La perception du terrorisme en France, en Allemagne et en Italie, in: Esprit. Changer la culture et la politique 28/4 (1979), S. 147–154; Les Temps Modernes 35/396–397 (1979): „Allemagne fédérale: difficile démocratie“; Philippe Lévy, Le terrorisme en R.F.A., in: après-demain. Journal mensuel de documentation politique 211 (1979), S. 32–35.

¹²² Vgl. Wetz, La visite de M. Mitterrand à Bonn, in: Le Monde vom 1. 10. 1977.

staat. Für die extreme Linke, innerhalb derer sich nach 1968 eine maoistische Strömung zunächst in eine ähnliche Richtung wie die RAF entwickelt hatte, diente der deutsche Terrorismus lange als Projektionsfläche und „Ersatz“ für den ausgebliebenen eigenen „Kampf im Untergrund“. Die scharfe Verurteilung der Bundesrepublik als sich „faschisierender“ Staat verdeckte aber die sukzessive Abwendung von einem gewaltsamen „revolutionären Projekt“ nicht allzu lange. Bereits Sartres Besuch in Stammheim im Dezember 1974 war primär als eine humanitäre Geste zu verstehen. Das Engagement für eine demokratischere und liberalere Gesellschaft ersetzte die Sympathie für das Ideal einer gewaltsamen Revolution, ohne die träumerische Empathie ganz zu ersticken.

Noch deutlicher wird das Leitmotiv der „Freiheiten“ in der Kritik der traditionellen Linksparteien am bundesdeutschen Umgang mit „Extremisten“ im öffentlichen Dienst. Nicht zuletzt der Wettkampf mit der kommunistischen Partei um die Rolle des „Ersten Verteidigers der Freiheiten“ in Frankreich und der Welt trieb François Mitterrand zur Gründung seines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland*. Auf das Bild, das viele Linke sich von der Bundesrepublik machten, hatten die Kampagnen von PS und PC eine nicht zu unterschätzende Wirkung. Westdeutschland wurde als Staat gesehen, der im Kampf gegen den Terrorismus seinen rechtsstaatlichen Charakter aufgab.

Eine besondere Rolle spielten dabei die Juristen, die sich im Sommer und Herbst 1977 gegen die Auslieferung von Klaus Croissant aussprachen. Sie rekrutierten sich sowohl aus dem linksextremen Milieu als auch aus den moderaten Linksparteien und linksliberalen Kreisen, vertraten aber ein spezifisches Anliegen liberaler Justiz. Die Garantie der Rechte der Angeklagten und vor allem ihrer Anwälte gehörte zu den fundamentalen Forderungen kritischer Juristen. Auch für die Verteidiger Croissants diente die Bundesrepublik mithin primär als Projektionsfläche für innerfranzösische Auseinandersetzungen. Anhand der „Verfehlungen“ der Deutschen ließ sich die Bedeutung strikter Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land besonders gut illustrieren.

In den französischen Zweifeln am rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik wurden auch historische Bezüge revitalisiert. Insbesondere die französischen Kommunisten griffen auf Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Besatzung zurück. Im Sommer 1977 weckte zudem die Flucht des Kriegsverbrechers Herbert Kappler aus einem italienischen Krankenhaus die Befürchtung einer unzureichenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus¹²³. *Le Monde* kommentierte im November 1977:

„So hat die BRD innerhalb weniger Monate zwei ihrer Bürger wiedergewonnen: Den Kriegsverbrecher Kappler, der durch eine in Deutschland sehr bewunderte

¹²³ Zum „Fall Kappler“ vgl. u. a. Joachim Staron, Fosse Ardeatine und Marzabotto. Deutsche Kriegsverbrechen und Resistenza. Geschichte und nationale Mythenbildung in Deutschland und Italien, Paderborn u. a. 2002, S. 285–308.

sportliche Leistung den Italienern entrissen wurde, und Croissant, den ‚entarteten Sohn‘, den man vor Gericht stellen wird.“¹²⁴

In den Debatten der 1970er Jahre um Terrorismus und Terrorismusbekämpfung hatten diese Reminiszenzen aber nur eine Art dekorativer Funktion. Als ursächlich für die Kritik an der deutschen Politik der inneren Sicherheit können sie nicht gewertet werden. Ein direkterer Impuls ging von den Erfahrungen des Algerienkrieges aus. Die Erinnerungen an die Menschenrechtsverletzungen und die politische Justiz während der Dekolonisationskriege hatten für einen Teil der Intellektuellen und noch mehr für die linken Juristen eine mobilisierende Wirkung. Insbesondere für die Verteidiger Croissants lassen sich hier starke Kontinuitäten feststellen.

Gerade die transnationale Dimension der Proteste, die ihren Ursprung in der Bundesrepublik hatten, spricht für die Priorität aktueller politischer Auseinandersetzungen. Die französischen Linksextremisten stützten sich auf Informationen, die direkt von den deutschen Terroristen stammten. Transnationale kommunistische Netzwerke vermittelten und verstärkten die Proteste gegen die „Berufsverbote“. Die Juristenverbände wiederum beriefen sich mit Croissant auf einen in der Bundesrepublik gesuchten RAF-Anwalt, der sich jenseits des Rheins erfolgreich als zu Unrecht Verfolgter präsentierte. Eine eingespielte Empörungsmaschinerie griff die deutschen Themen auf, ohne die Glaubwürdigkeit ihrer Vertrauensmänner zu überprüfen. Sie wurden in einen französischen Kontext übersetzt, in dem ähnliche Kontroversen ausgefochten wurden – allerdings auf einem deutlich niedrigeren Eskalationsniveau als in der mit dem Terrorismus ringenden Bundesrepublik. Der Anschein der Übertragbarkeit der Streitpunkte machte ein genaueres Studium der deutschen Situation unnötig. So erklärt sich auch, dass über die angebliche Todesgefahr für Klaus Croissant oder die vermeintliche Folter der RAF-Häftlinge in Paris als Tatsachen diskutiert wurde.

Zugleich drückte die französische Kritik aber echte Sorgen aus, die in den schrillen Debatten um die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik kaum wahrgenommen wurden. Verdiente deutsch-französische Vermittler wie Joseph Rovin und Alfred Grosser versuchten einerseits, die Positionen der französischen Linken zu entschärfen. Sie beanstandeten andererseits aber auch die „Unverhältnismäßigkeit“ einiger Maßnahmen des westdeutschen Staates¹²⁵. Im Übrigen wurde die Entwicklung im Nachbarland nicht nur in Frankreich mit Sorge beobachtet. Und auch in der Bundesrepublik selbst gehörten die im Ausland aufgegriffenen Probleme zu den umstrittensten Aspekten der sozialliberalen Politik der inneren Sicherheit.

Im Mai 1981 wurde François Mitterrand zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt. Die auf einer breiten linken Koalition basierende Regierung

¹²⁴ Alignement, in: *Le Monde* vom 18. 11. 1977.

¹²⁵ Rovin, *L'Allemagne*, S. 94. Für eine Auflistung der Interventionen Alfred Grossers in französischen und deutschen Medien auf dem Höhepunkt der Pressepolemik im Herbst 1977 vgl. Grosser, *Mein Deutschland*, S. 239.

machte sich sofort daran, die lange versprochene *rupture* – eine grundlegende Richtungsänderung für die französische Gesellschaft – umzusetzen¹²⁶. Die Liberalisierung der Justiz und eine neue Linie im Umgang mit politischer Gewalt gehörten zu ihren Aufgaben mit höchster Priorität. Im August 1981 stimmte die Nationalversammlung für die Abschaffung des Staatssicherheitshofs, der 1963 als halb-militärisches Sondergericht zur Aburteilung von Terroristen gegründet worden war¹²⁷. Die Aufhebung der Todesstrafe verteidigte Justizminister Robert Badinter mit den Worten: „Eine Demokratie, die gegen Terroristen die Todesstrafe vollstreckt, macht sich die Werte Letzterer zu eigen.“¹²⁸ Außerdem wurde eine Amnestie für politische Häftlinge beschlossen. Eine Reihe korsischer und bretonischer Separatisten sowie die Mitglieder der kleinen linksterroristischen Gruppierung *Action Directe* kamen frei. Die große Integrationskraft der neuen Linksregierung sollte sich auch bei „fehlgeleiteten Idealisten“ beweisen¹²⁹. Premierminister Pierre Mauroy verkündete zudem, von nun an müsse in Frankreich kein „Freiheitskämpfer“ mehr eine Auslieferung befürchten¹³⁰.

Nur ein Jahr später wurde das von Robert Badinter so leidenschaftlich vertretene Diktum der absoluten Rechtsstaatlichkeit im Kampf gegen den Terrorismus einem Praxistest unterzogen. Der *Front National de Libération Corse*, eine revitalisierte *Action Directe*, vor allem aber international agierende Kämpfer aus dem Nahen Osten machten Frankreich zu einem der vom Terrorismus am stärksten betroffenen europäischen Staaten¹³¹. François Mitterrand reagierte darauf mit einer radikalen Wende in seiner Anti-Terrorismus-Politik: Auf Korsika und in Paris wurden die Sicherheitsbestimmungen massiv verschärft. Ein „Staatssekretariat für öffentliche Sicherheit“ wurde eingerichtet, im Präsidialamt ließ Mitterrand eine eigene Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung aufbauen¹³². Innerhalb weniger Monate zeigte sich, dass die lang gehegten Ideale des PS mit der neuen Anti-Terrorismus-Politik nur schwer vereinbar waren. Der Anti-Terror-Einheit wurden illegale Methoden nachgewiesen¹³³. Die Politik der Nicht-Auslieferung muss-

¹²⁶ Vgl. Serge Berstein/Pierre Milza/Jean-Louis Bianco (Hrsg.), *Les années Mitterrand – les années du changement*, Paris 2001.

¹²⁷ Loi n° 81-737 portant suppression de la Cour de sûreté de l'Etat, 4.8.1981, in: *Journal Officiel* vom 5.8.1981, S.2142.

¹²⁸ Assemblée Nationale, *Compte rendu des débats, Première Séance du 17 septembre 1981*, in: *Journal Officiel* vom 18.9.1981, S.1141.

¹²⁹ Vgl. Loi n° 81-736 portant amnistie, 4.8.1981, in: *Journal Officiel* vom 5.8.1981, S.2138. Zu den Umständen und den direkten Folgen der Amnestie vgl. Gilles Ménage, *L'oeil du pouvoir*, Bd. II: *Face au terrorisme 1981-1986: Action directe, Corse, Pays basque*, Paris 2000, S.31-36.

¹³⁰ Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S.101.

¹³¹ Vgl. Xavier Crettiez, *La question corse*, Brüssel 1999, S.105f.; Michael Dartnell, *Action Directe. Ultra-Left Terrorism in France 1979-1987*, London 1995; Daniel Hermant/Didier Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme: Enjeux Français*, in: Fernando Reinares (Hrsg.), *European democracies against terrorism. Governmental policies and intergovernmental cooperation*, Aldershot u. a. 2000, S.73-118, hier S.91ff.

¹³² Vgl. Nathalie Cettina, *L'antiterrorisme en question. De l'attentat de la rue Marbeuf aux affaires corses*, Paris 2001, S.38-45.

¹³³ Vgl. Edwy Plenel, *La part d'ombre*, Paris 1992.

te sukzessive aufgegeben werden¹³⁴. Der prinzipientreue Justizminister Badinter durfte an Sitzungen zur Terrorismusbekämpfung nicht mehr teilnehmen¹³⁵. Zugleich warfen die Rechtsparteien im Wahlkampf der sozialistischen Regierung zu große Milde und Unfähigkeit im Umgang mit Terroristen vor¹³⁶. Nach dem Wahlsieg der Konservativen ließ der neue Premier Jacques Chirac im Herbst 1986 ein Sondertribunal einrichten und erweiterte die Kompetenzen von Polizei und Geheimdiensten bei der Bekämpfung politischer Gewalt¹³⁷.

Inwieweit die linken Vorstellungen eines angemessenen Umgangs mit Extremismus und politischer Gewalt, die in den 1970er Jahren in der heftigen Kritik an der bundesdeutschen Politik so stolz wie demonstrativ herausgestellt wurden, in der Regierungspraxis der 1980er Jahre überdauerten, kann nicht abschließend geklärt werden. Zu vermuten ist jedoch, dass es im Zuge des Rückzugs des *Parti Socialiste* von den Kernpunkten des *programme commun* in den Jahren 1982 bis 1984¹³⁸ auch bei der Bekämpfung des Terrorismus zu einer pragmatischen Neuorientierung und zur Übernahme mancher Praktiken kam, die zuvor als „repressiv“ und typisch für die Bundesrepublik gebrandmarkt wurden¹³⁹.

¹³⁴ Vgl. Julien-Laferrière, Extradition, S. 58–62.

¹³⁵ Vgl. Cassia, Badinter, S. 352.

¹³⁶ Vgl. u. a. Paul Masson, Rapport fait au nom de la commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, Sénat, Seconde session ordinaire de 1983–84, Annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984, n° 305.

¹³⁷ Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'Etat, 9. 9. 1986, in: Journal Officiel vom 10. 9. 1986, S. 10956.

¹³⁸ Sirinelli spricht in diesem Zusammenhang von einem „schleichenden Bad Godesberg“ des PS. Vgl. Jean-François Sirinelli, Les Vingt Décisives. Le passé proche de notre avenir 1965–1985, Paris 2007, S. 229.

¹³⁹ Zum Forschungsprojekt „Demokratie und terroristische Herausforderung. Die Anti-Terrorismus-Politik der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa“ am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vgl. <http://www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html>.



Oldenbourg
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der
Oldenbourg Gruppe

Eva Oberloskamp

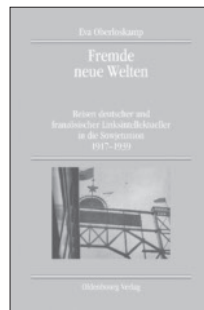
Fremde neue Welten

*Reisen deutscher und französischer
Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939*

2011 | X, 472 S. | 21 Abb. schwarz/weiß

Leinen | € 49,80

ISBN 978-3-486-70403-7



Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 84

Eine Fahrt in die UdSSR war in den 1920er und 30er Jahren unter Linksintellektuellen en vogue. Anhand von deutsch- und französischsprachigen Reiseberichten, aber auch von unveröffentlichten Quellen geht Eva Oberloskamp der Frage nach, warum die meisten Autoren – trotz zahlreicher kritischer Beobachtungen – für die Sowjetunion Partei ergriffen. Die vergleichende Arbeit zeigt, dass die Gründe hierfür auf deutscher und französischer Seite durchaus unterschiedlich waren.

Eva Oberloskamp wurde für Ihre Dissertation mit dem Förderpreis der Universitätsgesellschaft der Ludwig-Maximilians-Universität sowie dem Ehrenpreis der Association pour l'emploi des cadres und der Deutsch-Französischen Hochschule ausgezeichnet.



Warum Intellektuelle für totalitäre Versuchung anfällig sind



Eva Oberloskamp, geboren 1978, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248
Fax: 089/45051-333 | verkauf@oldenbourg.de

www.oldenbourg-verlag.de